

Zusammenfassung der Antworten

Am 14. April 2024 findet in Innsbruck die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl statt. Die Kammer der Ziviltechniker:innen für Tirol und Vorarlberg stellte den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten im Vorfeld **neun Fragen** zu aktuellen Themen wie Baukultur, Aufgaben der Ziviltechniker:innen, Wohnraum, erneuerbare Energien, Verkehr, Wettbewerbe und Vergaben uvm. Hier sind die **13 befragten Spitzenkandidatinnen und -kandidaten**:

**Reihenfolge wie am Wahlzettel angeführt.*

 <p>Georg Willi GRÜNE</p> <p>© Grüne Innsbruck/INN-FRAME</p>	 <p>Markus Lassenberger FPÖ</p> <p>© FPÖ</p>	 <p>Florian Tursky, MSc, MBA TURSKY</p> <p>© Das Neue Innsbruck</p>	 <p>Mag.a Julia Seidl NEOS</p> <p>© Michael Venier – Virtkreativ GmbH</p>	 <p>Dr. Andrea Haselwanter- Schneider FRITZ</p> <p>© Liste Fritz</p>
 <p>Gerald Depaoli GERECHT</p> <p>© Gerechtes Innsbruck</p>	 <p>Mesut Onay ALI</p> <p>© Agnieszka Kulowska</p>	 <p>Mag.a Elisabeth Mayr SPÖ</p> <p>© Michael Kopra'cek</p>	 <p>Helmut Reichholf EINIG</p> <p>© Helmut Reichholf</p>	 <p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber JA</p> <p>© JA</p>
 <p>Christian Franz Veber TUN</p> <p>© Veber</p>	 <p>Helmut Buchacher DU-I</p> <p>© Buchacher</p>	 <p>Pia Tomedi KPÖ</p> <p>© KPÖ</p>		

1. Frage	Um Verwaltungskosten zu reduzieren, wurden bisher die Aufgaben der öffentlichen Hand (z.B. Planungen, Bauaufsicht, Gutachten, Machbarkeitsstudien usw.) an Ziviltechniker:innen übergeben – würden Sie dies weiterhin so beibehalten?
Georg Willi (GRÜNE)	Die Stadt Innsbruck hat auch bisher schon Aufgaben und Leistungen außerhalb der Kernaufgaben der Stadtplanung an externe Dienstleister:innen, an Ziviltechniker:innen, vergeben. Insbesondere zum Beispiel Machbarkeitsstudien zum Austesten möglicher Dichten vor der Präzisierung von Aufgabenstellungen von Architekturwettbewerben. Ich sehe keinen Grund, daran etwas zu ändern. Sowohl die Stadt als auch Tochterfirmen, wie die IIG, werden solche Aufgaben auch weiterhin von Ziviltechniker:innen erledigen lassen.
Markus Lassenberger (FPÖ)	Die Stadt Innsbruck (durch die jeweilige Fachdienststellen) als auch die Tochtergesellschaften (zB IIG) verfügen über fachlich ausgezeichnetes Personal. Nichtsdestotrotz sehe ich die Notwendigkeit (Ressourcen, Reduktion Verwaltungs-bzw. Personalkosten) die aufgezeigten Aufgaben weiterhin an Ziviltechniker:innen auszulagern und würde diesen Modus durchaus so beibehalten.
Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)	Auch wenn wir als Stadt Innsbruck viel Expertise im Haus haben, können wir nicht alle Aufgaben ohne die Unterstützung der Ziviltechniker:innen erledigen. Wir haben mit der Beauftragung unserer externen Partner:innen sehr gute Erfahrungen gemacht und werden daher auch in Zukunft auf die Expertisen und das große Knowhow zurückgreifen.
Mag.a Julia Seidl (NEOS)	Ja.
Dr. Andrea Haselwanter- Schneider (FRITZ)	Wir als Liste Fritz stehen für zweckmäßigen und sparsamen Umgang mit dem Steuergeld der Tirolerinnen und Tiroler. Dort wo es sinnvoll ist und zu einer wirklichen Entlastung bei den Verwaltungskosten beitragen kann, können Leistungen selbstverständlich ausgelagert werden. In den konkreten Fällen würden wir eine genaue Bedarfsanalyse vorschlagen, die Kostenwahrheit auf den Tisch bringen soll und schonungslos alle Vor- und Nachteile der jeweiligen Zuständigkeiten offenlegen soll. Auf Basis dieser Erhebung können dann Optimierungen erfolgen.
Gerald Depaoli (GERECHT)	Selbstverständlich würde das Gerechte Innsbruck dies weiterhin so beibehalten damit die Professionalität und die politische Objektivität garantiert ist. Die Auftragsvergaben stärken natürlich auch die heimische Wirtschaft. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze!
Mesut Onay (ALI)	Grundsätzlich ja. Aus unserer derzeitigen Sicht steht dem nichts entgegen.

Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)	<p>Ja. Für uns ist der effiziente Umgang mit den Ressourcen entscheidend. Gerade bei komplexen und herausfordernden Projekten, wie wir sie in der Stadt und bei der Stadtentwicklung oft erleben, ist es wichtig auf die vorhandene Kompetenz und Qualität zu bauen. Unser klares politisches Ziel ist es, Wohnen wieder leistbar zu machen. Dafür wollen wir als Stadt selbst bauen. Und dafür brauchen wir Menschen, die das Umfeld und die Situation kennen und ihren Beruf bzw. ihr Handwerk verstehen.</p>
Helmut Reichholf (EINIG)	<p>Wir schätzen die umfassende Kompetenz der Ziviltechniker:innen, sehen den wirtschaftlichen Vorteil für die Stadt, und werden daher diese Vorgehensweise weiterführen. Wobei uns sowohl in der Definition der Ausschreibung, als auch in der Ausführung, die Balance zwischen den Eckpunkten Soziales, Ökologisches und dem Ökonomischen wichtig ist. Wir wollen die messbare Welt im Einklang mit der gefühlten wissen.</p>
Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)	<p>Ja.</p>
Christian Franz Veber (TUN)	<p>Wenn in der angestellten Beamtenschaft, die ja schon vom Steuerzahler finanziert wird, keine derartige Expertise zu finden ist, ja. Wenn es Beamte mit Ziviltechnikerdausbildung geben sollte, werden zuerst diese Kapazitäten ausgenützt. Dann extern vergeben.</p>
Helmut Buchacher (DU-I)	<p>Ja.</p>
Pia Tomedi (KPÖ)	<p>Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sehen wir die Kammer in ihrer Funktion für die gesamte Bevölkerung grundsätzlich auch für solche Themen verantwortlich. Wenn dies mit einer Überlastung der Ressourcen einhergeht, muss selbstverständlich nachgebessert werden. Ebenso in der Frage der Verantwortlichkeiten. Es kann nicht sein, dass sich politische Entscheidungsträger:innen erst Aufgaben delegieren und sich dann bei Fehlentwicklungen an der Kammer abputzen.</p>

<p>2. Frage</p>	<p>Baukultur prägt unser Land. Als Kammer der Ziviltechniker:innen ist es uns ein Anliegen, Bewusstsein für qualitätsvolle Baukultur in der Tiroler Bevölkerung zu schaffen und ein Verständnis für Qualität sowie Zusammenspiel von Landschaft, Kultur und Bauten zu fördern. Hierfür kann nicht früh genug angesetzt werden und sollte bereits im Kindes- und Jugendalter Bestandteil in Schulfächern sein. Wie stehen Sie zum Thema Baukultur in Tirol und welche Ansätze und Maßnahmen finden Sie wünschenswert? Warum gibt es in Tirol noch keine Baukulturellen Leitlinien?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Ich habe wiederholt und öffentlich immer wieder betont, dass Bauten, die wir heute in Angriff nehmen, unsere gebaute Umwelt, unsere Lebensumwelt, unsere Stadt auf Jahrzehnte – wenn nicht Jahrhunderte – mitprägen und dass es daher eine wesentliche Aufgabe ist, Bauaufgaben mit Respekt für den Bestand, aber auch mit großem Respekt vor der Schwierigkeit der Aufgabe und mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein für Qualitätssicherung anzugehen. Innsbruck hat seit Jahrzehnten, dank einer Reihe von Bürgermeister:innen, denen ich allen dafür dankbar bin, eine lange Wettbewerbskultur als Mittel der Qualitätssicherung. Mit dem Gestaltungsbeirat haben wir seit über 10 Jahren ein weiteres Mittel der Qualitätssicherung. Wir bemühen uns also um den Schutz und die Weiterentwicklung eines hohen baukulturellen Erbes, das wir übernommen haben, und werben dafür auch in der Öffentlichkeit. Ob es, ausgehend von den baukulturellen Leitlinien des Bundes, die wir in unserem Herangehen an Bauaufgaben und an die Stadtplanung ohnehin berücksichtigen, spezifische Tiroler Richtlinien geben sollte, ist eine offene Frage, die zu diskutieren ist. Sie liegt aber nicht in unserem Bereich, sondern im Bereich des Landes, insbesondere der Landesregierung, die ja schon einmal mit einer Debatte über solche baukulturellen Leitlinien begonnen hat. Gäbe es Tiroler Richtlinien, die die baukulturellen Leitlinien des Bundes auf die spezifischen Rahmenbedingungen unseres Bundeslandes herunterbrächen und würde dabei auf städtisches Umfeld, auf städtische Aufgaben und nicht nur auf den ländlichen Bereich Rücksicht genommen, würden wir das willkommen heißen und in unsere Diskussionen einbeziehen. Wie jedoch bereits angeführt, ob und wann es spezifische Tiroler baukulturelle Leitlinien geben wird, ist eine Frage, die die Landesregierung und der Landtag zu entscheiden hat und nicht die Stadt Innsbruck.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Die Stadt Innsbruck ist gemeinsam mit ihren ausgegliederten Tochtergesellschaften ua Eigentümerin und Bauherrin unterschiedlichster Immobilien und haben wir die Möglichkeit in diesen Funktionen die Baukultur aktiv mitzugestalten. Ich bekenne mich zu dieser Verantwortung und sehe es als dringend notwendig an, im eigenen Wirkungsbereich baukulturelle Leitlinien umzusetzen. Hierbei benötigt es jedoch eine notwendige Gesamtstrategie, die ich gerne bereit bin, entsprechend mitzutragen bzw. durch die Fachdienststellen bzw. Beteiligungen erarbeiten zu lassen. Dies betrifft aufs Erste eine klare Vorgabe und Einhaltung der Stadtentwicklung sowie nachhaltiges Bauen und daraus resultierend „leistbares Wohnen“. Dazu zähle ich auch eine umfassende Projektvorbereitung und weiterhin das Einsetzen von Architekturwettbewerben. Aus meiner Sicht steigert eine überzeugende Baukultur die Lebensqualität und kann die Stadt Innsbruck noch mehr aufwerten. Wünschenswert finde ich Maßnahmen die sich nicht nur in Gebäuden, sondern auch in Straßen, in Infrastrukturen sowie insbesondere auch im Gewerbegebiet wiederfinden. Zudem sollten die zahlreichen öffentliche Plätze und Grünräume dabei nicht außer Acht gelassen werden.</p>

<p>Florian Tursky, MSc, MBA</p> <p>(TURSKY)</p>	<p>Wir stimmen überein, dass eine hohe Baukultur prägend für unser Land und im Fall von Innsbruck prägend für die Landeshauptstadt ist. Innsbruck hat vor vielen Jahren damit begonnen, über Architekturwettbewerbe eine ansprechende Baukultur zu erreichen. Über die Jahre hat in unserer Stadt das Zusammenspiel von Bauen und Grünflächen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Darauf wollen wir aufsetzen und Bewusstsein dafür schaffen. Die Förderung des Verständnisses bereits in der Schule halten wir für einen sehr guten Vorschlag und wollen daher neben dem „bildung“ im Rapoldipark auch weitere derartige Initiativen unterstützen. Darüber hinaus wollen wir auch den Dialog von Politik und den Ziviltechniker:innen stärker etablieren und fördern, um neben einem Erfahrungsaustausch auch das gegenseitige Verständnis zu verbessern.</p>
<p>Mag.a Julia Seidl</p> <p>(NEOS)</p>	<p>Die Erstellung der baukulturellen Leitlinien in Tirol geht meiner Ansicht nach zu schleppend. Es gab ja bereits diverse Veranstaltungen, aber die finale Erarbeitung scheint ins Stocken geraten zu sein. Ich denke, es liegt daran, dass das Thema Baukultur in der Landesregierung als nicht wichtig erachtet wird. Zudem geht es darum Leitlinien zu erstellen, die, wenn sie gemacht werden, keine zahnlosen Papiertiger sind – siehe Bundesleitlinien- sondern wirklich etwas bewirken. Und dann müssen wir uns in Tirol mit der Art und Weise, wie wir bauen und vor allem, wo wir bauen sehr intensiv auseinandersetzen und in den Wirkungsbereich der Bürgermeister aktiv eingreifen.</p> <p>Ich habe mich in meiner Zeit als Nationalrätin sehr intensiv mit dem Thema Baukultur beschäftigt und es immer wieder in die Diskussion eingebracht. Meiner Ansicht nach ist der Bund hier in vielen Bereichen seinen Versprechungen nicht nachgekommen – siehe Agentur für Baukultur. Die ist ja bereits vom Tisch und wurde im Rahmen von mehreren Stellen in BMKÖS „ersetzt“. Das ist besser als gar Nichts, aber weit weg von Vorbildern, wie der deutschen Stiftung für Baukultur. Ich könnte noch viel zu diesem Thema schreiben – z.B. wie wichtig ein Budgetupgrade für die Abteilung Dorferneuerung im Land Tirol wäre!</p> <p>Was können wir in Innsbruck tun?</p> <p>Ich halte es für unerlässlich, dass wir das Thema sehr früh im Bildungsbereich vermitteln. In Tirol gibt es dazu sehr guten Initiativen z.B. vom AUT. mit dem Bildung. Das sind Vorzeigeprojekte, die unbedingt gestärkt und ausgebaut gehören. Eine bessere Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck wäre für Projekte im öffentlichen Raum in Zukunft anzustreben um Kindern und Jugendlichen das Thema Baukultur näher zu bringen. Ich kenne einige Initiativen aus Deutschland, zb. aus NRW, die hier wirklich ein gutes Angebot aufgestellt haben. Leider haben wir es aber Innsbruck bisher noch nicht einmal geschafft, die von uns NEOS geforderte Tagung „Zukunft Stadtentwicklung“ auf die Beine zu stellen.</p> <p>Abschließend: Ich setze mich für eine starke und erleb- und sichtbare Baukultur ein! Und für eine aktive, öffentliche Debatte und einen breiten Diskurs darüber! Denkbar wäre für mich, jedes Jahr einen Baukulturmonat auszurufen und mit diversen Stakeholdern ein vielfältiges, erlebbares Programm auf die Beine zu stellen, um dieses wichtige Zukunftsthema zu bearbeiten. Gerade Innsbruck mit seiner ausgezeichneten Architektur Universität würde sich dafür sehr gut eignen. Wir als Stadt müssen endlich eine Vorbild- und Inspirationsrolle einnehmen.</p> <p>Denn Baukultur betrifft uns Alle – alles was uns umgibt ist in irgendeiner Form gebauter oder gestalteter Raum!</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter- Schneider</p> <p>(FRITZ)</p>	<p>Die qualitätsvolle Nutzung unseres Kulturraums im Zusammenspiel mit unserem Naturraum ist uns als Liste Fritz ein großes Anliegen, sei es im Tourismus, beim Sport, in der Landwirtschaft, aber natürlich auch bei Bauwesen und Baukultur. Nutzbare Fläche in Tirol ist rar und kostbar und natürlich sollten wir alles daransetzen, diese genützte Fläche möglichst nachhaltig und qualitativvoll zu nützen. Bei jüngeren Menschen ein Verständnis dafür zu wecken könnte auf zweierlei Arten erfolgen. Als Teil von verschiedenen Schulfächern, die sich dieser Inhalte interdisziplinär nähern könnten, schließlich finden im Thema Baukultur mehrere Fachrichtungen Niederschlag. Es könnte aber auch als Teil von offenen Jugendprojekten in den Bezirken und Gemeinden Tirols als Angebot für Kinder und Jugendliche, von Expertinnen und Experten begleitet, aufbereitet werden.</p>

<p>Gerald Depaoli (GERECHT)</p>	<p>Die Stadt Innsbruck könnte mit der Kammer der Ziviltechniker:innen /Arch + Ing durchaus Projekte initiieren bei welchen Kinder zum Beispiel in die Planung von Spielplätzen, und Jugendliche in die Planung von Jugendzentren etc. mit eingebunden werden. Ebenso könnte man selbstverständlich in den städtischen Schulen im Zeichenunterricht Kinder und Jugendliche dazu bewegen ihre Vorstellungen für ihre Stadt der Zukunft zu zeichnen bzw. zu malen. Diese Ideen könnte man in die Stadtplanung auch einfließen lassen.</p> <p>Warum es in Tirol keine baukulturellen Leitlinien gibt, liegt nicht im politischen Kompetenzbereich des Gemeinderates, ebenso nicht das Thema Baukultur in Tirol. Für Innsbruck wünschen wir uns eine Baukultur, die wieder Stadtteile auch wirtschaftlich belebt, mit Ortskernen in allen Stadtteilen. Ebenso sollen natürlich bestehende Grünflächen, wie zum Beispiel jene am Bozner Platz, erhalten bleiben bzw. an Landhausplatz errichtet werden.</p> <p>Die Zerstörung historischer Gebäude, wie zum Beispiel Hotel Europa, widerspricht der Vorstellung des Gerechten Innsbruck von städtischer Baukultur. Selbstverständlich soll auch zeitgenössische nachhaltige Architektur bzw. Baukultur stattfinden, vor allem in neuen Stadtteilen.</p>
<p>Mesut Onay (ALI)</p>	<p>Der Homepage des Landes Tirol und den Medienberichten entnehmen wir, dass ein mehrstufiger Prozess zur Erstellung Baukultureller Leitlinien im September 2022 gestartet wurde. Die letzten Meldungen dazu gibt es vom Oktober 2022. Da wir selbst weder in der Landesregierung noch in einem für die Erstellung der Leitlinien zuständigen Gremium vertreten sind, erschließt sich für uns nicht, warum in der Zwischenzeit keine neuen Informationen zu diesem ambitioniert gestarteten Prozess abrufbar sind. Immerhin wäre dem auf der Homepage des Landes Tirol zu entnehmenden Zeitplan ab Mai 2023 die Abhaltung von zwei Baukulturtagen zu entnehmen. Allerdings fehlen uns dazu jegliche weitergehende Informationen. Wir können die Frage, warum es noch immer keine Baukulturellen Leitlinien des Landes Tirol gibt, daher nicht beantworten.</p> <p>In den Auftaktvideos zum Prozess zur Erstellung von Baukulturellen Leitlinien wurde viel zur Baukultur gesagt, dem wir uns inhaltlich anschließen können, wie etwa dass der Raum zwischen den Gebäuden maßgeblich ist, dass eine gute Baukultur den Bodenverbrauch zu minimieren hat, dass es zu einer guten Baukultur gehört, Gebäude zu bewahren, anstatt abzureißen und Gebäude zu errichten, die in das Umfeld integriert sind und nicht nur optisch schön sind, sondern auch zweckmäßig sind. Immerhin sind Gebäude auch Lebensräume. Und zu oft kommt es vor, dass sie nur als architektonische Prestigeobjekte errichtet werden, bei denen der Grundsatz der Funktionalität verletzt wird. Bei der Planung von Gebäuden, die auch Arbeitsstätten sind, wird leider nur allzu oft an die Bedürfnisse der dort Beschäftigten, die dort einen guten Teil ihrer Lebenszeit verbringen müssen, zuallerletzt gedacht. Auch bei Wohngebäuden verdienen die Bedürfnisse derjenigen, die darin wohnen sollen, mehr Berücksichtigung. Zudem zeichnet sich in unseren Augen eine gute Baukultur dadurch aus, dass die geschaffenen Gebäude langlebig sind und gewisse Spielräume für Umnutzungen bieten.</p>
<p>Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)</p>	<p>Die Frage nach den baukulturellen Leitlinien für Tirol muss das Land beantworten. Wir als SPÖ Innsbruck wollen die Stadt gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, entwickeln und weiter ausbauen. Wir brauchen mehr leistbaren Wohnraum, neue kulturelle und gesellschaftliche Angebote und - in einigen Stadtteilen - auch mehr Bewegungsräume und konsumfreie Lebensräume. Dafür setzen wir uns ein und das wollen wir im Sinne der ansprechenden und attraktiven baulichen Entwicklung umsetzen. Die Verankerung von baukulturellen Aspekten in der Bildung, insbesondere vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung, können wir uns gut vorstellen - möglicherweise auch im Rahmen von außerschulischen Kooperations-Angeboten direkt im urbanen Umfeld unserer Stadt (z. B. mit Jugendzentren, Schülerhorten, Ferienzug, den Projekten im Bildung, ...).</p>

<p>Helmut Reichholf (EINIG)</p>	<p>Ihre Überlegungen bereits im Kindes- u. Jugendalter Qualität und Ästhetik zu Themen in der Bildung zu machen, teilen wir vollinhaltlich. Tiroler Baukultur findet sich im ganzen Land nur vereinzelt. Das Fehlen einer Leitlinie können wir uns nur mit fehlendem Verständnis, mangelnder Kompetenz und dem Schielen auf kurzfristigen, monetären Erfolg der politisch Handelnden erklären. Ein kooperativer Prozess unter Beteiligung aller relevanten Teilnehmer:innen (Bevölkerung, Expert:innen, Ökolog:innen u. Ökonom:innen etc.) kann dazu beitragen, dass raumplanerische und ästhetische Maßstäbe neu definiert werden.</p>
<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)</p>	<p>Dieses Thema betrachten wir als besonders bedeutend und wir sind offen für eine gemeinsame Gestaltung des Weges. Eine Kooperation mit dem Ziel, die Baukultur zu fördern, ist unbedingt anzustreben. Die Eindrücke aus unserer Kindheit prägen unsere Gewohnheiten und werden als 'Standard' sowie als 'Heimatgefühl' verinnerlicht. Es ist unser aller Ziel, die Baukultur zu unterstützen und ein Bewusstsein zu schaffen – sowohl für die Wertschätzung des Schönen als auch, und vor allem, des Nachhaltigen. Wir sehen hier eine Verantwortung aller Entscheidungsträger:innen im Bauwesen, sich kontinuierlich weiterzubilden.</p>
<p>Christian Franz Veber (TUN)</p>	<p>Der Sinn für Schönheit und Ästhetik sowie für eine qualitätsvolle Gestaltung der Lebensumgebung soll und darf ab Kindesalter gefördert werden. In Geografie oder Bildnerischer Erziehung wäre Platz dafür, ein eigenes Fach wird sich im Schulplan kaum ausgehen. Eigentlich gäbe es schon Möglichkeiten, auf ein stimmiges Orts- und Landschaftsbild zu achten. Warum diese von den verantwortlichen Personen nicht genutzt werden, dürfte eine Frage der lokalen Beziehungen sein. Und es stellt sich die Frage, warum geplante Neubauten ausschließlich würfelförmig und grau sein müssen. Eventuell sollte ich als Innsbrucker Bürgermeister die Farbe grau sowie den beliebten Stapelwürfel verbieten? ;) Wo bleibt die Kreativität der Architekten?</p>
<p>Helmut Buchacher (DU-I)</p>	<p>Das können ihnen die Landesverantwortlichen besser beantworten, wünschenswert wäre es.</p>
<p>Pia Tomedi (KPÖ)</p>	<p>Das Streben nach Profit unterwirft sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft. Es macht auch vor diesem Thema nicht Halt. Baukultur, wie Kultur im Allgemeinen, trägt zur kritischen Geistesentwicklung von Menschen bei, fördert deren Kreativität und Innovationsstärken. Investitionen in diesem Bereich und schulische Frühförderung sehen wir deshalb sehr positiv.</p>

<p>3. Frage</p>	<p>Innsbruck verfügt aufgrund seiner geografischen Lage über geringe Ressourcen, was die Bebauungsmöglichkeiten anbelangt. Welche Position nehmen Sie ein, wenn es um die Frage der Verdichtung im Bestand geht? Wie stehen Sie zum Leerstand und einer Leerstandserhebung und -abgabe?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Nachverdichtung im Bestand ist eine der wesentlichen Säulen der Stadtentwicklung, der Stadtplanung in Innsbruck. In den letzten Jahren wurden weit über 70 % der neu errichteten Wohnungen durch Nachverdichtung im Bestand oder durch Umnutzungen, etwa von Stadtbrachen wie ehemaligen Kasernengeländen und Ähnlichem, entwickelt. Dass Innsbruck möglichst nicht über die Grenzen des heutigen Baulandes hinaus in die uns umgebenden wunderbaren Natur- und Kulturlandschaften wachsen soll, ist im örtlichen Raumordnungskonzept enthalten und ist eine der tragenden Säulen unserer Stadtentwicklungspolitik. Es gibt hier wunderbare Beispiele, etwa die Entwicklung in den Südtiroler-Siedlungen, wo mit Abbruch und Neubau eine Verdoppelung der Wohn-Nutz-Fläche bei gleichbleibendem Fußabdruck erreicht wurde, das heißt also bei Erhalt der Durchgrünung. Ebenso ein gutes Beispiel ist das jetzt entstehende Projekt am Areal des Sandwirtes am Ende der Reichenauerstraße, wo hunderte von Wohnungen entstehen, gleichzeitig aber die bestehende Versiegelung im Bereich Sandwirt-Parkplatz und der danebenliegenden Tankstelle reduziert wird. Wir werden also eine größere Grünanlage am Inn und hunderte von neuen Wohnungen realisieren. Ich werde mich mit Sicherheit dafür einsetzen, dass der Schwerpunkt weiterhin auf der Stadtentwicklung und Nachverdichtung im Inneren liegt. Städtische Verdichtung bedeutet auch Naturschutz und Landschaftsschutz.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Aufgrund der regionalbedingten Bodenknappheit ist mittelfristig eine Verdichtung des Bestandes eine wohl unausweichliche Maßnahme für den Wachstum der Stadt Innsbruck. Dazu zähle ich auch das Bekenntnis zur Gestaltung und Umsetzung urbaner Hochhäuser. Aber nicht nur die Nachverdichtung sehe ich als mittelfristige Notwendigkeit, auch die gemischte Nutzung im Gewerbegebiet (Wohnen und Gewerbe) muss ehestmöglich eine Zustimmung finden.</p> <p>Zum Leerstand: Bestehende Wohnungen zu mobilisieren ist weitaus günstiger, als Neue zu bauen. Insbesondere jene Wohnungen, die der städtischen Vergabe unterliegen, sollen mobilisiert werden. Durch die Initiative „Sicheres Vermieten“ sollen daher leerstehende Wohnungen zur Vermietung aktiviert werden. Durch diese Leistungen sollen privaten Vermietern Unsicherheiten und mögliche Probleme im Zusammenhang mit der Wohnungsvermietung organisiert und abgenommen und ein angemessener Mietzins garantiert werden. Somit kann der Leerstand mobilisiert und leistbares Wohnen geschaffen werden.</p>
<p>Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)</p>	<p>Ein Wachstum sollte primär über Verdichtung und Neuorganisation bebauter Flächen erfolgen, bevor es zu einer weiteren Versiegelung kommt. Weitere Ansatzpunkte sind eine verlässliche Leerstandserhebung und die Einhebung einer Leerstandsabgabe, damit vor allem Wohnraum schneller mobilisiert wird. Maßnahmen wie das Projekt „Sicheres Vermieten“ wollen wir auf professionellere Beine stellen. Es ist auch an der Zeit die bisherige Nutzung von Gewerbegebieten bzw. auch einzelnen Gewerbebauten zu überdenken. Überbauungen und Mehrfachnutzungen haben ein riesiges Potenzial in unserer Stadt und könnte ein maßvolles Wachsen im Bestand ermöglichen.</p>

<p>Mag.a Julia Seidl (NEOS)</p>	<p>Wir NEOS fordern hier eine Durchsicht und Entrümpelung der bestehenden Bebauungspläne sowie eine Liberalisierung. Uns ist bewusst, dass das Land in diesen Verfahren die Prüfbehörde ist, jedoch möchte ich hier auf die Problematik, wie schon in der Frage angegeben, verweisen, dass wir in Österreich Europameister im Flächenverbrauch sind.</p> <p>Architekt:innen sowie alle Interessenten sollen nach Innsbruck kommen, um zu sehen, wie wir eine kompakte, produktive Stadt bauen. Wie schaffen wir das? Mit einer Aufstockungs- und Holzbauoffensive und mehr gewerblichen Mischgebieten. Ziel muss es sein, bereits gebaute Infrastruktur und versiegelte Fläche besser zu nutzen. Erhöhung der Dachneigungen, Gauben in Richtung Innenhöfe damit charakteristisch geprägte Straßenzüge in historischen Stadtteilen straßenseitig erhalten bleiben. Hier bedarf es einer zukunftsfiten Planung für die nächsten 20 Jahre und dies am besten Hand in Hand mit einem neuen örtlichen Raumordnungskonzept sowie mutigen Bebauungsplänen. Wieso bauen wir nicht neben dem Tivoli den ersten klimaneutralen, autarken Vorzeigestadtteil? Das haben wir vorgeschlagen, aber realisiert wird es leider nicht! Leider wieder eine ungenutzte Chance!</p> <p>Wenn man bedenkt, dass bauen ca. 30% des Klimawandels ausmacht, möchten wir NEOS in Innsbruck eine Holzbauoffensive erreichen, indem wir mit einem Belohnungssystem dazu ermutigen – Ganz nach dem Motto: Mehr Holz, mehr möglich!</p> <p>Zur Leerstandsabgabe: Wir glauben, dass sie nicht funktioniert, egal wie hoch sie angesetzt wird. Wir möchten ja nicht, dass für Leerstand bezahlt wird, sondern dass der Wohnraum vermietet wird. Das erreichen wir nur, wenn wir die Sorgen der Eigentümer:innen verstehen. Mit dem Projekt „Sicher Vermieten“ können wir dabei die Vermieter:innen unterstützen. Es braucht aber zudem ein liberaleres Mietrechtsgesetz, damit Eigentümer:innen auch wenn sie vermieten, darauf vertrauen können, dass sie irgendwann ihr Eigentum wieder nutzen können.</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)</p>	<p>Sanfte Nachverdichtung dort wo es möglich ist und keine übertriebenen Dichten wie bei Projekten in der Bienerstraße oder Andechsstraße in Innsbruck. Doppelte Nutzung von Flächen wie beispielsweise Parkplätzen und Gewerbeflächen sehen wir als große Chance für Bauvorhaben der kommenden Jahre. Innsbruck hat genügend Möglichkeiten und muss Neubauten nicht auf die letzten grünen Flecken stellen. Für Neubauten fordern wir zudem die Einführung einer Grünflächenzahl, wie es in Salzburg bereits umgesetzt worden ist. Die Leerstandserhebung haben wir als erste Partei im Tiroler Landtag beantragt. Der Leerstandsabgabe stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, wobei wir beim Anreizsystem wie dem Projekt „Sicheres Vermieten“ noch größere Chancen sehen, den Leerstand wieder auf den Markt zu bringen.</p>
<p>Gerald Depaoli (GERECHT)</p>	<p>Ebenerdige Supermärkte sollen aufgestockt werden. Auch in den Gewerbegebieten stellt sich die Frage, ob man hier mittels Aufstockungen auch dringend benötigten Wohnraum schaffen kann. Die neue Remise der IVB in der Pastorstraße ist in Bezug auf den Bodenverbrauch ein architektonischer Sündenfall, da man das Gebäude mehrstöckig hätte errichten können - um dort evtl. Büros, ein Veranstaltungszentrum für junge Menschen, Räumlichkeiten für Kunst und Kultur etc. zu schaffen. Leider hat man das verabsäumt. Der Leerstandsabgabe steht das Gerechte Innsbruck skeptisch gegenüber. Ob selbige zielführend ist, muss bezweifelt werden. Völlig inakzeptabel ist die mutmaßliche Bespitzelung von privaten Wohnungseigentümern durch die Stadt Innsbruck bzgl. Wohnungsleerstand. Es gilt gemeinsam mit den privaten Wohnungseigentümern, aber auch mit Kammer der Ziviltechniker:innen /Arch + Ing, Mietrechtsexperten die Ursachen für den Leerstand zu erheben, um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.</p>

<p>Mesut Onay (ALI)</p>	<p>Aufstockungen und Dachbodenausbauten stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Abbruch- und Neubauvorhaben sehen wir hingegen kritisch. Wichtig ist jedenfalls ein schonender Umgang mit der Ressource Boden. Mit behutsamer Nachverdichtung lässt sich in der Stadt einiges an Potential aktivieren. Als besonders erfreuliches Beispiel möchten wir an dieser Stelle das Nachverdichtungsprojekt der Neuen Heimat in der Andechsstraße hervorheben, das die Errichtung von Gebäuden auf bisherigen bereits versiegelten Parkplatzflächen mit einer Tiefgaragenlösung für die nötigen Stellplätze und die Schaffung von zusätzlichen bezahlbaren Wohnungen bei gleichzeitiger Verringerung der versiegelten Bodenflächen vorsieht. Somit erfolgt hier eine Nachverdichtung bei gleichzeitiger Vergrößerung der Grünfläche. Solche Projekte begrüßen wir und davon wünschen wir uns in der Stadt mehr.</p> <p>Das Leerstandsmonitoring hat uns sehr viele wichtige Daten geliefert und ist daher unendlich wichtig. Aus den veröffentlichten Daten vom Juli 2023 geht hervor, dass die Leerstandsquote im Neubau mit knapp 13 Prozent überdurchschnittlich hoch ist und fast ausschließlich auf das Konto des privaten und gewerblichen Wohnbaus geht. Die Daten vom Februar 2024 weisen nach Auswertung der Hälfte des Innsbrucker Wohnungsbestands eine Leerstandsquote von 8,8 Prozent aus. Von 3 523 Wohnungen wissen wir, dass sie seit mindestens einem halben Jahr unbewohnt sind. Aus der Beantwortung unserer Anfrage zum Leerstand in den Stadtwohnungen wird ersichtlich, dass die Leerstandsquote in den Stadtwohnungen unterhalb der der Privatwohnungen liegt. Die Leerstände im Eichhof und im Schlachthofblock haben allerdings einen erheblichen Anteil am städtischen Leerstand. Diese wäre durch rasche Sanierung des Bestands (Schlachthofblock) und die Vermeidung von Abbruch- und- Neubauvorhaben (Eichhof) vermeidbar gewesen. Bei den neu errichteten Wohnungen gibt es dagegen faktisch keinen Leerstand. Die Vermeidung von städtischem Leerstand gehört zu den unmittelbaren Hausaufgaben der Stadt. Darüber hinaus ist aber zu betonen, dass die Forcierung von kommunalen und gemeinnützigen Wohnbauten das beste Mittel zur Vermeidung von Leerstand ist. Natürlich sind wir für die Anhebung der Leerstandsabgabe. Zuallererst müssen jedoch die Unklarheiten des TFLAG behoben werden, der es zu einem zahnlosen Papiertiger machen: Solange der Leerstand von den Eigentümern selbst zu melden ist und die Daten des Leerstandsmonitorings nicht zur Ermittlung nicht gemeldeter Leerstände herangezogen werden können, wird eine Leerstandsabgabe – egal in welcher Höhe – ihren Zweck verfehlen.</p>
<p>Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)</p>	<p>Hinsichtlich Leerstand ist für uns völlig klar: Bekämpfen mit allen Mitteln! Wohnraum ist zum Wohnen da und Lebensraum zum Leben. Leere Wohnungen und Gebäude schaden unserer Stadt - kurz-, mittel- und langfristig. Insofern wollen wir die höchstmöglichen Abgaben für Leerstand einfordern und eine Vermittlungsplattform (Projekt „Sicheres Vermieten“ in Ergänzung zum Land Tirol via IIG, sowohl für Wohnungen als auch für Büro- und Geschäftsflächen) einrichten. Hinsichtlich der Bebauungsmöglichkeiten sehen auch wir eine große Herausforderung bei der Beschaffung von bebaubaren Flächen. Deshalb setzen wir uns 1. für die Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes ein, durch das wir uns als Stadt Vorkaufsrechte auf unbebaute Grundstücke, die zum Verkauf stehen, sichern können, 2. für die Umsetzung der 75-Prozent-Regel, nach der bei jeder Umwidmung von Freiland in Bauland 75% der Gesamtfläche an die Stadt verkauft werden muss (Nutzung mit öffentlichem Mehrwert). Die 75-Prozent-Regel wollen wir auch bei jeder Bebauungsplanänderung / Verdichtung anwenden, sodass diese ebenfalls für die über den bestehenden Bebauungsplan hinaus ermöglichte Fläche gilt. Diese 75% der zusätzlichen Fläche sind der Stadt im Sinne des öffentlichen Mehrwerts ebenso zum Kauf anzubieten.</p>

<p>Helmut Reichholf (EINIG)</p>	<p>Angesichts von etwa 7.000 leerstehender Wohnungen, sind wir für ein Vermeiden von weiteren Versiegelungen! Ein Verdichten unter den eingangs, erwähnten Voraussetzungen und das Aktivieren von Leerstand sind wesentliche Maßnahmen. Zum Aktivieren von Leerstand haben wir bereits einige erfolgsversprechende Vorhaben kommuniziert (s. Antwort 4). Sollten diese Angebote nicht wirken, halten wir eine erhebliche Anhebung der verpflichtenden Abgabe auf Leerstand für unumgänglich.</p>
<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)</p>	<p>Die Nachverdichtung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Überlegungen. Unser Ziel ist es, die Nachverdichtung zu unterstützen und als Behörde Wegbereiterin zu sein. Bei diesen Prozessen kann es beispielsweise zu rechtlichen Schwierigkeiten mit Miteigentümer:innen, Nachbar:innen etc. kommen. Wir sehen die Notwendigkeit, als Behörde Informations- und Mediationsangebote zu schaffen sowie den rechtlichen Rahmen für Nachverdichtungen zu erweitern. Das Thema Leerstand betrachten wir im Zusammenhang mit den Bestimmungen des MRG, die diskutiert werden sollten. Untersuchungen und Lösungsansätze würden wir unterstützen.</p>
<p>Christian Franz Veber (TUN)</p>	<p>Wenn die Verdichtung die Bebauung von städtischen Grünflächen beinhaltet, dann stehe ich ihr absolut skeptisch gegenüber. Irgendwann haben wir alles zubetoniert und stehen dann wieder vor den gleichen Problemen. Gegen die intelligentere Nutzung bereits vorhandener Kubatur kann niemand etwas einwenden. Die Leerstandsabgaben sollten drastisch erhöht werden, dafür nur professionelle Investoren (Firmen) treffen. Die gewerbliche Nutzung von Wohnimmobilien muss stärker geahndet werden (RbnB).</p>
<p>Helmut Buchacher (DU-I)</p>	<p>Die Verdichtung ist unumgänglich, wenn sie mit den Betroffenen umgesetzt wird. Zum Leerstand habe ich schon mehrfach Anträge eingebracht, diesen muss die Stadt proaktiv angehen z.B. Vorarlberger Modell, aber auch durch eine weitere Anhebung der Leerstandsabgabe.</p>
<p>Pia Tomedi (KPÖ)</p>	<p>Zusätzliche Bebauungsmöglichkeiten sehen wir im Aufbau von Flachdächern, zB. in der Rossau. Grundsätzlich ist aber vorher abzuklären, wie viel Neubau überhaupt notwendig wäre, wenn der gesamte Leerstand genutzt würde. In Innsbruck stehen derzeit 8,8% der Wohnungen leer. Die etablierten Parteien lassen sich trotzdem allerhand Ausreden einfallen, um beim Thema Leerstand auf die Bremse zu steigen. Mal ist es der Verweis auf den Datenschutz, dann wieder handzahme Maßnahmen gegen Übertretungen. So ist etwa die Umgehung der Innsbrucker Leerstandsabgabe durch eine Wohnsitzanmeldung sehr einfach. Die KPÖ fordert deshalb die Erhöhung der Strafen für Meldevergehen, wenn diese im Zusammenhang mit Wohnungsleerstand erfolgen. Sowie weiters einen runden Tisch, an dem Datenschutz-Experten darlegen, wie eine schnellere und bessere Erfassung leerstehender Wohnungen möglich ist.</p>

<p>4. Frage</p>	<p>Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, dass leistbarer Wohnraum geschaffen wird? Wie gehen Sie mit großen Bauträger:innen, wie beispielsweise PEMA und SIGNA um?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Ich bin für Vorbehaltsflächenwidmungen für den geförderten Wohnbau, die in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode aber leider von einer konservativen und rechten Mehrheit verhindert wurden. Wir müssen es schaffen, dass die städtische Bodenpolitik wieder Fahrt aufnehmen kann und dass die Stadt auf dem Grundstücksmarkt eine wichtigere Rolle und damit auch eine preisdämpfende Rolle spielen kann. Darüber hinaus betreiben wir seit Jahren eine Politik, die darauf abzielt, dass Mehrwerte, die durch öffentlich-rechtliche Verordnungen wie Umwidmungen oder flächeneffizientere Bebauungspläne geschaffen werden, auch zumindest zu einem Teil der Öffentlichkeit zurückgegeben werden. Entweder in Form von Anteilen geförderten Wohnens oder auch durch die Wohnbauförderung hergestellten und an die Stadt übertragenen Räumlichkeiten (etwa für Kindergärten oder andere soziale Einrichtungen, als auch für andere soziale Einrichtungen, die der Belebung von Wohnvierteln dienen). Was Ihre spezifische Nachfrage nach konkreten gewerblichen Bauträgern betrifft, ist es mir wichtig festzuhalten: Gewinnorientiertes gewerbliches Bauen ist nicht a priori schlecht, sondern legal und auch nicht von vornherein als unmoralisch zu betrachten. Was wir ablehnen, ist Spekulation. Was die Stadt Innsbruck mit Sicherheit nicht unterstützt, sind spekulative überhöhte Grundstückspreise, die die Investoren hinterher in Einzelfällen mit astronomischen Dichten kompensieren möchten, damit ihre spekulativen Grundstückskäufe sich auch noch rechnen. Solche Vorgänge haben wir in der Vergangenheit abgelehnt und werden wir auch in Zukunft nicht mittragen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ein Beispiel in Amras, wo Stadtplanung und Gestaltungsbeirat sehr wohl mit dem Investor Pema um eine maßvolle und baukulturell vernünftige Ausnutzung eines Baugrundes ringen und die Dichtevorstellungen, die an die Stadtplanung herangetragen worden sind, nicht so einfach in die städtischen Planungen übernehmen. So gesehen kann ich nur festhalten – ob es sich um die Firma Pema, um die Firma Zima oder um den kleinen gewerblichen Bauträger XY handelt – wir bemühen uns, alle gleich zu behandeln. Wir bemühen uns, Spekulation keinen Raum zu geben. Aber: gewerbliches Bauen zu unterbinden, kann nicht Aufgabe der Stadt Innsbruck sein.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Beim leistbaren Wohnen gibt es einige Ansätze. Ich möchte hier auszugsweise drei Themenschwerpunkte anführen. Beim Wohnen soll das studentische Wohnen weiterentwickelt werden. Hier aber nicht nur stadteigene, sondern auch Projekte Dritter, umsetzen. Die Vermietung dieser Zimmer muss sich preislich aber von einem marktüblichen Mietzins einer WG klar unterscheiden. Eine Campus-Lösung zB in der Nähe des Flughafens erscheint umsetzbar. Zudem soll mehr geförderter Wohnbau (Miete und Eigentum) entwickelt werden und sind rasche Genehmigungsprozesse notwendig. Die Unterbindung der Immobilienspekulation im geförderten Wohnbau nenne ich als klares Ziel, wobei Rechtsunsicherheiten (Vorkaufsrecht) im Vorfeld klar ausgeräumt werden müssen. Die Umsetzung eines Stadtentwicklungskonzeptes, das über den zeitlichen, inhaltlichen und räumlichen Horizont des ÖROKO hinausgeht, ist anzustreben. Hingegen wird die Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes als nicht tauglich angesehen. Lange Gerichtsverfahren sind zu erwarten.</p>

<p>Florian Tursky, MSc, MBA</p> <p>(TURSKY)</p>	<p>Grundsätzlich wollen wir daran festhalten, dass bei Umwidmungen in Bauland ein großer Anteil für geförderte oder förderungsnahe Wohnungen zu vereinbaren ist. Hinterfragt werden muss, inwieweit kostenintensive Investitionen in die Qualität auch zur langfristigen Leistbarkeit beitragen. Auch zählt die Stellplatzverordnung für uns zu einer der größten Preistreiber im Wohnbau. Hier wollen wir in einen Dialog mit dem Land Tirol und den Expertinnen und Experten eintreten, wie wir diesen Herausforderungen künftig begegnen können. Im Umgang mit Bauträgern darf es aufgrund der Unternehmensgröße jedenfalls keine unterschiedliche Behandlung geben.</p>
<p>Mag.a Julia Seidl</p> <p>(NEOS)</p>	<p>Leistbaren Wohnraum müssen wir in der Stadtregion planen. Innsbruck wird das Problem nicht alleine lösen können. Wir werden die Umlandgemeinden brauchen. Deshalb wollen wir verstärkt im Planungsverband Wohnraum entwickeln und errichten. Zudem müssen wir in den Genehmigungsverfahren darauf achten, dass wirklich Wohnraum entsteht, der auch tatsächlich nachgefragt wird. Wir würden mehr gewerbliche Mischgebiete ausweisen. Dabei wären wir als Stadt in einer guten Verhandlungsposition, um mehr gemeinnützigen Wohnbau auf diesen Flächen errichten zu können. Damit stärken wir eine produktive, kompakte, urbane Stadt und können den Verkehr reduzieren. Wir sehen eine Ablehnung von privaten Wohnbauträgern sehr kritisch, da sie einen großen Teil des Marktes im Miet- und tw. im Eigentumsbereich bedienen, der ebenfalls gebraucht und nachgefragt wird. Eine Rückkehr zu einer konsequenten Umsetzung von privatrechtlichen Verträgen im Bereich 50/30/20 (gemeinnützig, fördernahe und frei finanziert) stehen wir hingegen sehr positiv gegenüber. Mehr Projekte bei denen gemeinnützige Bauträger gemeinsam mit privaten Bauträgern Gebäude errichten sind die Zukunft.</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter- Schneider</p> <p>(FRITZ)</p>	<p>Wie bereits zuvor erwähnt eine Mobilisierung des Leerstands mit Hilfe des Modells „Sicheres Vermieten“. Selbst wenn nur ein Teil der tausenden, leerstehenden Wohnungen damit wieder auf den Markt kommt, sorgt das für Entlastung. Dazu braucht es eine genaue Bedarfserhebung und Bedarfsplanung. Innsbrucks Bevölkerungszahl stagniert seit 8 Jahren. Wir bauen am Bedarf vorbei und derzeit nur für Investoren und Spekulanten. Das muss ein Ende haben. Für überbezahlte Immobiliendeals wollen wir eine Sozialwohnbauabgabe einführen. Bei jedem überbezahlten Grundstücks- und Immobiliendeal fällt eine Abgabe von mindestens 20 Prozent der Kaufsumme an. Dieses Geld soll den Gemeinden zweckgebunden zur Schaffung von leistbarem Wohnraum zur Verfügung stehen.</p>
<p>Gerald Depaoli</p> <p>(GERECHT)</p>	<p>Für das Gerechte Innsbruck ist es vorrangig, dass endlich nach Jahren die leerstehenden Wohnungen im Eichhof zumindest befristet als leistbare Starterwohnungen für junge Innsbrucker Familien vermietet werden. Leistbarer Wohnraum wird auch mit Senkung der städtischen Gebühren geschaffen. Das Gerechte Innsbruck hat sich daher bei der Budgetsitzung für das Haushaltsbudget der Stadt Innsbruck 2024 für einen Stopp der Erhöhungen aller städtischen Gebühren ausgesprochen. Leider wollte eine Mehrheit im Gemeinderat eine Erhöhung sämtlicher städtischer Gebühren. Beim PEMA II hat sich das Gerechte Innsbruck im Gemeinderat sehr kritisch dazu geäußert, dass sich der Bauträger nicht an den Projektsicherungsvertrag gehalten hat, und das Gebäude nun anders aussieht, als ursprünglich versprochen. Zu SIGNA und Rene Benko hat das Gerechte Innsbruck aufgedeckt, dass der Bürgermeister 2019 über die Errichtung eines Fünfsternehotels in Igls verhandelte. Ansonsten ist es dem Gerechten Innsbruck wichtig, dass alle Bauträger von der Stadt Innsbruck gerecht behandelt werden. Unser Name ist Programm!</p>

<p>Mesut Onay (ALI)</p>	<p>Aus den oben dargelegten Gründen und aufgrund der Tatsache, dass der am privaten Markt geschaffene Wohnraum für die meisten Menschen unbezahlbar teuer ist, setzen wir auf kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau und sprechen uns gegen jegliche Planänderung zugunsten von spekulativen Bauprojekten aus. Wir haben solche Vorhaben schon bisher im Gemeinderat (oftmals als einzige Gemeinderatsfraktion) stets abgelehnt und werden diese Haltung beibehalten. Wir sehen uns darin zudem durch die uns vorliegenden Daten zum Leerstand in der Stadt auf ganzer Linie bestätigt.</p>
<p>Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)</p>	<p>Unser 5-Punkte-Plan für eine Trendwende am Innsbrucker Wohnungsmarkt (manche Punkte sind eine Wiederholung der Antwort auf Frage 3):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1: Restriktive Raumordnung: Bei jeder Umwidmung von Freiland in Bauland sind 75% der Flächen der Gemeinde zu Wohnbauförderung-Preisen zum Kauf anzubieten, widrigenfalls wird die Umwidmung versagt. Dasselbe gilt bei allen größeren Projekten für Dichteerhöhungen durch Bebauungsplanänderungen. 2: Langfristige Baulandmobilisierung: Durch Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau sowie Vorsorge für den geförderten Wohnbau im örtlichen Raumordnungskonzept soll eine weitere Zersiedelung und zeitgleich die langfristige Sicherstellung ausreichender Flächen ermöglicht werden. Flächen sollen hier nicht nur für den Wohnbau, sondern auch für soziale Infrastruktur und Grünanlagen gesichert werden. 3: Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes: Hiermit kann ein weiterer Ausverkauf unserer Stadt durch Vorkaufsrechte verhindert werden. Darüber hinaus können besonders wertvolle Grundstücke auf bundesgesetzlicher Grundlage für die Stadt gesichert werden. 4: Leerstandsbekämpfung mit allen Mitteln: Massive Aufstockung der „Taskforce Airbnb“ zur Verfolgung von illegalen Kurzzeitvermietungen, welche das Mietangebot schmälern. Leerstandsmobilisierung durch eine Leerstandsabgabe in Maximalhöhe in Verbindung mit attraktiven Angeboten, um Vermieter:innen ein sicheres Vermieten zu angemessenen Preisen zu ermöglichen. 5: Mietpreise senken, Innsbrucker:innen entlasten: Als Akuthilfe müssen die städtische Mietzinsbeihilfe sowie die Wohnbeihilfe ausgebaut werden. Langfristig soll auch der Mietpreis im geförderten Wohnbau durch Zuschüsse der Wohnbauförderung, der Stadt und der gemeinnützigen Bauträger gemeinsam mit dem Land Tirol entlastet werden. <p>Wir sagen es in aller Deutlichkeit: Wir wollen Wohnen leistbar machen - mit allen Mitteln. Das gelingt nur, wenn wir Spekulanten in unserer Stadt ein für alle Mal einen Riegel vorschieben und keine weiteren reinen Spekulationsobjekte genehmigt werden. Der einzig richtige Weg für die Zukunft ist aus unserer Sicht, dass wir als Stadt das Ruder selbst in die Hand nehmen, selber Wohnungen bauen und diese zu fairen Preisen vermieten. Das ist unser erklärtes Ziel.</p>

<p>Helmut Reichholf (EINIG)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Stadt als Treuhänder für Wohnungsbesitzer:innen die Scheu vor dem Risiko des Vermietens haben. ➤ Wohnbau neu definieren - Raummodule: Variable Anpassung nach den Bedürfnissen der Mieter:innen. ➤ Bei Neubau d. Bauräger wollen wir einen Mindestanteil der errichteten Wohnungen für den sozialen Wohnbau vorhalten. ➤ Studentenwohnheimoffensive fortsetzen. ➤ Entwicklung gemischt genutzter Wohnstandorte in Kombination mit Gewerbe- und Handelsimmobilien. ➤ Die Stadt als Helfer bei Wohnungswechsel nach markanten Veränderungen der privaten Lebenssituation. ➤ Überprüfung von rechtlicher Handhabe bei Vermietung mittels Internetplattformen wie Airbnb. ➤ Eine deutliche Reduktion von Verfahrensdauern. ➤ Das Aufstocken von Gebäuden im öffentlichen Besitz mittels Holzleichtbauweise. <p>Wir sehen Bauräger:innen grundsätzlich als Partner, werden aber mehr den Fokus auf die Interessen der Stadt hinsichtlich ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedürfnisse lenken.</p>
<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)</p>	<p>Bei der Vergabe von Projekten herrscht das Prinzip der Gleichbehandlung. Die Größe sollte kein Hindernis darstellen. Maßnahmen für erschwinglichen Wohnraum umfassen Quartiersprojekte, Nachverdichtungen, höhere Baudichten und Förderungen. Entscheidungsträger:innen müssen sich bewusst sein, dass der anteilige Grundkostenfaktor pro Quadratmeter Wohnnutzfläche den Verkaufspreis der Immobilie erheblich beeinflusst. Eine erhöhte Baudichte kann somit den Verkaufspreis senken. Auch die Überarbeitung der Stellplatzverordnung ist relevant, da der Kauf von Stellplätzen und der Bau von Tiefgaragen die Preise steigern. Mehrdichten, über die TBO und ÖROKO hinaus sind aus unserer Sicht vorwiegend Wohnbaugefördert (Objektgefördert) umzusetzen.</p>
<p>Christian Franz Veber (TUN)</p>	<p>Für professionelle Investoren eine Leerstandsabgabe zwischen fünf und acht Prozent des Immobilienwertes pro Jahr. Das Vertreiben der gewerblichen RbnB Vermieter aus der Stadt. Die höhere Besteuerung von Zweitwohnsitzen, die nicht regelmäßig beruflich genutzt werden. Das Durchforsten der Baurichtlinien des Landes Tirol auf Sinnhaftigkeit und die Regeln der Stadt Innsbruck auf Übererfüllung. Die Stellplatzverordnung fällt mir da z.Bsp. ein. Wenn PEMA und Signa so günstig bauen, verkaufen und vermieten können, dass sie keine Leerstände bis drei Monate nach Fertigstellung aufweisen (siehe Leerstandsabgabe), dann sind sie mir willkommen. Generell bin ich eher für die Schaffung von Eigentum, ein Bürger mit Eigentum ist ein unabhängiger Bürger. Und dem Bund würde ich mitteilen, dass Innsbruck keine weiteren Gemeindewohnungen für die Armutsmigration aus Drittländern zur Verfügung stellen kann und deshalb keine Migranten über die Asylschiene mehr aufnimmt.</p>
<p>Helmut Buchacher (DU-I)</p>	<p>Ohne eine Mietpreisdeckelung durch die Bundesregierung, brauchen wir von leistbaren Wohnungen gar nicht sprechen, es wird nicht wesentlich billiger und schon gar nicht für die Menschen, die Horrormieten zahlen. Daher muss der gemeinnützige Bereich verstärkt beauftragt werden. Zusätzlich könnte eine 50:50 Vorgabe für den freifinanzierten Wohnungsbereich durch das Land beschlossen werden. Zu den genannten Baurägern will ich mich gar nicht äußern, weil indiskutable.</p>

Pia Tomedi

(KPÖ)

Geförderte Mietwohnungen in Bauverfahren priorisieren und erhalten. Maßvolle Nachverdichtung gemeinsam mit den Bewohner:innen. Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken und Mietshäusern durch die Stadt. Ankauf von Grundstücken durch die öffentliche Hand für den geförderten Wohnbau. Leistbares Wohnen bei Flächenwidmungen und Dichteerhöhungen sicherstellen – Kriterien nachschärfen. Privatisierung öffentlicher Immobilien im Stadtgebiet stoppen – kein Ausverkauf auf Kosten der Allgemeinheit. Sonderbudget zur Sanierung der stadteigenen Wohnungen. Perspektivenwechsel bei den Wohnbauträgern – Fokus auf bedarfsgerechtes Bauen und die Schaffung lebendiger Nachbarschaften. Sanieren statt abreißen. Eine wirksame Leerstandsabgabe, z.B. in Höhe von einem Drittel der Durchschnittsmiete. Pilotprojekte mit Anreizen, leerstehende Wohnungen für die Wohnbevölkerung zu mobilisieren. Wohnungswechsel und -tausch erleichtern, mit einer Servicestelle und Anreizen um große, wenig genutzte Wohnungen zum Tausch anzubieten. Verdrängung von Wohnraum durch den Wildwuchs an Mikro- und Automatenhotels stoppen.

<p>5. Frage</p>	<p>Wie stehen Sie zum Durchzugsverkehr und den Ausbauplänen des Straßennetzes, von öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrradwegen?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Wir haben es durch eine vernünftige Verkehrspolitik in Innsbruck geschafft, dass von den innerstädtischen Wegen derzeit fast vier Fünftel zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Verkehr erledigt werden. Der motorisierte Individualverkehr macht also nur mehr einen geringen Prozentsatz der städtischen Wege aus. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Tiroler Zentralraum der Anteil des öffentlichen Verkehrs zwischen den Umlandgemeinden und unserer Stadt deutlich ansteigt. Wir freuen uns auch über die Zusammenarbeit mit dem Land Tirol, die dazu führt, dass alltagstaugliche Radwege und nicht nur touristische Fernradwege im Tiroler Zentralraum im verstärkten Maße entstehen. Alle diese Maßnahmen, ebenso wie die weitere Verbesserung des S-Bahn-Netzes und auch den Ausbau der Regionalbahn von Rum bis nach Völs (die letzten Bauetappen stehen ja noch bevor), begrüßen wir, fördern wir und werden wir weiterhin mit Nachdruck betreiben. Was nun den Durchzugsverkehr durch das Land betrifft, können wir nur jene Maßnahmen der Landesregierung und letztlich auch der Bundesregierung unterstützen, die darauf abzielen, den Schwerverkehr zu reduzieren bzw. einen wachsenden Anteil des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Der Spielraum für städtische Maßnahmen ist hier sicher begrenzt, aber wir werden jedenfalls alle Maßnahmen des Bundes und des Landes unterstützen.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Eine Stadt ohne Verkehr ist keine Stadt. Auch wenn es ein sehr gutes öffentliches Netz gibt muss und soll es erlaubt sein, seine eigene Mobilitätsform selbst zu wählen. Wir stehen deshalb klar zu Oberflächenparkplätzen und Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto.</p> <p>Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs sollte vor allem dort stattfinden, wo bisher keiner vorhanden ist, siehe neue Linie D (Arzl-Mühlau). Vor allem ältere Menschen, die in „Hanglagen“ von Innsbruck wohnen sind vom öffentlichen Netz abgeschnitten. Hier haben wir klar aufholbedarf.</p> <p>Was das Radwegenetz betrifft, so ist ein Ausbau wünschenswert. Das Flickwerk, das jedoch bis dato durchgeführt wird, ist keines das mir vorschwebt. Aus meiner Sicht muss es Radhauptstraßen und „Stichstraßen“ geben, um das Radwegenetz attraktiv zu machen.</p>
<p>Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)</p>	<p>Der Durchzugsverkehr sollte so gut wie möglich reduziert werden und entweder auf höherrangige Straßennetze verlegt oder die Menschen für den Umstieg auf den Umweltverbund (Öffis, Fahrrad, zu Fuß) motiviert werden. Hierfür ist im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität der Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel und die Beschleunigung selbiger ein wichtiges und langfristiges Ziel. Die notwendige Beschleunigung muss bei allen Straßenprojekten mitgedacht werden und möglichst überall, wo es geht, wie etwa in der Reichenauer Straße zu einer getrennten Öffi-Spur führen. Eines ist uns aber auch wichtig zu erwähnen: Innsbruck muss für alle Verkehrsteilnehmer Platz haben. Das Ausspielen von einzelnen Gruppen Fußgängern, Radfahrern oder Autofahrer muss endlich aufhören.</p>

<p>Mag.a Julia Seidl (NEOS)</p>	<p>Wenn wir eine 10 Minuten Stadt werden wollen, müssen wir das Thema Mobilität und Stadtplanung gemeinsam denken. An gewissen Orten braucht es eine Gleichberechtigung von unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Städte leben von der allgemeinen Nutzung des öffentlichen Raums. Diese Nutzung ist nicht gewährleistet, wenn wir viel Individualverkehr in der Stadt haben. Durchzugsverkehr ist immer eine unnötige Belastung für Städte und muss reduziert werden. Stehzeuge zu reduzieren wäre ebenfalls an der Zeit – wir schlagen seit Jahren die Umsetzung eines Car-Sharing Systems vor. Insgesamt braucht es mehr Investition in Mobilitätsflächen für aktive Mobilitätsformen – Radfahren und zu Fuß gehen und gleichzeitig den Fokus auf produktive Stadtteile. Wir haben im innerstädtischen Bereich Öffi Highways geschaffen (z.B. Museumsstraße), die mit einem lebendigen Straßenraum schwer zu vereinbaren sind – gleichzeitig haben wir aber keine Radhighways errichtet. Ein sehr dichtes Netz an Öffiliniien und Haltestellen in einem sehr begrenzten Raum muss dringend evaluiert werden. Wir brauchen mehr, sichere, abgetrennte Radwege, damit wir den PKW Verkehr reduzieren können. Hier muss endlich am Südring ein durchgängiger Radhighway errichtet werden!</p> <p>Wir möchten zudem die Stadtseilbahn in das östliche Mittelgebirge umsetzen, um den Individualverkehr in der Stadt zu reduzieren und einige Gemeinden im Mittelgebirge, z.B. Igls, Lans, Vill vom Durchzugsverkehr zu entlasten. Ein weiteres Projekt wäre, den Verkehr unter die Erde zu bringen, in dem wir Tiefgaragen zusammenlegen und den Parksuchverkehr unterirdisch mit einem vernünftigen Leitsystem führen. Bei Schulen, Kinderkrippen, Kindergärten und Wohn- und Pflegeheimen brauchen wir vermehrt 30er Zonen.</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)</p>	<p>Der Ausbau von Straßennetzen bringt in der Regel mehr Verkehr. Ob es da oder dort eigene Spuren für Bus und Straßenbahn braucht, muss je nach Straßenzug entschieden werden. In der Innsbrucker Innenstadt gibt es generell wenig Möglichkeiten, die Straßenzüge zu erweitern und im Zuge des sich verändernden „Modal Split“ werden zukünftige Nutzungskonflikte zu Veränderungen führen müssen. Fahrradwege oder Fahrradstreifen umzusetzen, wo genug Platz ist, begrüßen wir. Das Fahren gegen die Einbahn sehen wir kritisch, weil es das Gefahrenpotenzial deutlich steigert. Wenn Parkplätze für Fahrradverkehr weichen müssen, sollen sie unter die Erde verlagert werden. Dafür würden wir unter anderem den Zusammenschluss der innerstädtischen Parkgaragen forcieren.</p>
<p>Gerald Depaoli (GERECHT)</p>	<p>Innsbruck ist eine Stadt. Dementsprechend ist mit Durchzugsverkehr zu rechnen. Die Art und Weise der Mobilität soll jeder für sich entscheiden dürfen. Logische Ampelschaltungen würden sicher dazu beitragen Verkehrsstaus zu verhindern, und nicht wie derzeit, dass unlogische Ampelschaltungen umweltfeindliche Verkehrsstaus fördern. Zu den öffentlichen Verkehrsmitteln: Es gibt immer noch Stadtteile mit schlechter Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Nicht überdachte Bushaltestellen, zu wenig Sitzgelegenheiten bei Bushaltestellen, machen den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel nicht attraktiver. Ein dementsprechender Antrag des Gerechten Innsbruck zumindest den Terminal am Innrain dementsprechend aufzuwerten – wurde nicht umgesetzt. Ebenso fehlt es an Parkplätzen am Stadtrand, um Pendler dazu motivieren, ihr Auto am Stadtrand stehen zu lassen, und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt zu fahren. Zu den Fahrradwegen: Das Gerechte Innsbruck hat vor Jahren einen Radweg am Langen Weg beantragt, ebenso, wie eine eigene Fahrradbrücke neben dem Emile-Bèthouart-Steg und der Mühlauer Eisenbahnbrücke. Auch haben wir am Marktplatz über den Inn nach dem Vorbild - Ciclovía del Garda – einen Radweg beantragt, damit die Radfahrer ungestört den Marktplatz passieren können. Dazu fehlt leider dem Innsbrucker Gemeinderat größtenteils der Mut für innovative Bauprojekte und Stadtplanung. Das Gerechte Innsbruck wird diese Anträge in der neuen Wahlperiode neuerlich einbringen, und hofft auf dementsprechende Zustimmung.</p>

<p>Mesut Onay (ALI)</p>	<p>Den Ausbau des Straßennetzes für den Motorisierten Individualverkehr sehen wir grundsätzlich kritisch. Denn es ist hinlänglich bekannt, dass der Ausbau des Straßennetzes nicht etwa zu einer Entlastung, sondern letztlich zu mehr Verkehr führt. Vielmehr gilt es die Alternativen zum Autoverkehr zu forcieren. Vielmehr muss der öffentliche Verkehr attraktiver gestaltet und beschleunigt werden. Die im Rahmen des Baus der Straßenbahnlinien 2 und 5 waren dazu halbherzig: Extraspuren wurden für die Straßenbahn durch gesamthafte Straßenverbreiterungen erzielt. Gleichzeitig wurden aber Stellen wie die Kreuzungsstelle beim Sillpark nicht entsprechend entschärft. Es braucht aus unserer Sicht ein klareres Bekenntnis zu den Öffis. Der Ausbau und die Attraktivierung des Fahrradnetzes ist jedenfalls voranzutreiben, der Radmasterplan ist umzusetzen.</p>
<p>Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)</p>	<p>Wir wollen weniger Autos in der Stadt und die Lärm- und Schadstoffbelastung in allen Stadtteilen deutlich reduzieren. Insbesondere in Innsbruck West wollen wir mit einer Einhausung der Autobahn die Bevölkerung entlasten und neue Entwicklungsflächen schaffen für Lebensraum, Wohnraum und die ökologische Energieerzeugung. Die Zukunft beim Verkehr in Innsbruck sehen wir beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel mit mehr Angeboten, mehr Linien und einer höheren Taktung im gesamten Stadtgebiet. Öffis müssen eine echte Alternative zum Auto werden, damit wir den Verkehr reduzieren können. Dafür müssen wir mehr in diesem Bereich investieren und bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IVB schaffen. Auch bei Fußwegen und Radwegen braucht es einen Ausbau im Zeichen von besserer Anbindung, kurzen Wegen und mehr Sicherheit.</p>
<p>Helmut Reichholf (EINIG)</p>	<p>Dem ÖPNV gehört die Zukunft, wir werden diesem jedenfalls den Vorrang einräumen. Das Radfahrnetz in Innsbruck werden wir massiv erweitern, jedoch breiter und baulich getrennt vom Restverkehr gestalten.</p>
<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)</p>	<p>Der Durchzugsverkehr in Wohngebieten muss reduziert werden. Der Ausbau von Fahrradwegen sowie öffentlichen und alternativen Verkehrsmitteln hat Priorität, um die Bevölkerung zu umweltfreundlichen Alternativen zum privaten PKW zu motivieren. Dies kann langfristig den Straßenverkehr reduzieren. Unsere Vision ist ein kostenloser ÖPNV in Innsbruck ab 2030.</p>
<p>Christian Franz Veber (TUN)</p>	<p>Den Durchzugsverkehr so gut wie möglich kanalisieren. Das Straßennetz ist meiner Meinung nach schon ausreichend ausgebaut. Radwege wo leicht möglich umsetzbar. Hier sollte aber Grätzel für Grätzel und Straße für Straße, Radweg für Radweg angeschaut und den Bürgern die Möglichkeit zur Mitbestimmung eingeräumt werden. Da gibt's keine „one size fits all“ Lösung.</p>
<p>Helmut Buchacher (DU-I)</p>	<p>Auch dazu habe ich schon einen Gemeinderatsantrag gestellt, Tempo 30 auf allen Straßen mit Ausnahmen von Bundes-, Landes- und Durchzugsstraßen die der Gemeinderat definiert. Der weitere Öffi-Ausbau ist dringend erforderlich, scheitert aber an der Personalsituation, der selbstverursacht wurde. Ich bin auch gegen jeden, weiteren Ausbau der Straßenbahnen und fordere wie so oft, die Wiedereinführung des O-Bus und dies gleich bei der Linie „T“. Der Ausbau der Radwege ist unumgänglich, wenn die Sicherheit der FußgängerInnen gewährleistet ist und an dieser mangelt es gewaltig in dieser Stadt.</p>
<p>Pia Tomedi (KPÖ)</p>	<p>Die KPÖ priorisiert den Ausbau großer Parkhäuser an den Rändern der Stadt mit dazugehörigem Öffianschluss im Minutentakt, in Kombination mit einer Citymaut. Der Schlüssel zum individuellen Umstieg vom Auto auf die Öffis liegt für die KPÖ in der Frage der finanziellen Ersparnisse. Deshalb muss der öffentliche Nahverkehr massivst ausgebaut und möglichst günstig - am besten kostenlos - angeboten werden.</p>

<p>6. Frage</p>	<p>Das Energiethema als brandaktuelles Thema – gerade in diesem Feld stellen Ziviltechniker:innen ihr Expert:innen-Know-how zur Verfügung, sei es in der Stromerzeugung aus Wasserkraft, Errichtung von Biogasanlagen zur Stromerzeugung, bei Photovoltaik-Anlagen usw. Wie stehen Sie zum Energiegewinnungsausbau, Wasserkraft, Solar- und Windenergie, Geothermie, Grundwasserwärmenutzung?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Sie haben ganz recht, das Energiethema, die Energieeffizienz, das Energiesparen ist ein ganz wichtiges aktuelles Thema und ein unerlässlicher Bestandteil heutiger Baukultur. Wir haben in Innsbruck bei etlichen städtischen großen Vorhaben, bspw. beim Haus der Musik, als leuchtendes Beispiel auch für Heizung und Kühlung auf nachhaltige, erneuerbare Energien gesetzt. Sowohl die städtische IIG als auch die gemeinnützigen Bauträger, hier insbesondere die Neue Heimat, haben im Wohnbau in Innsbruck den Passivhausstandard zum allgemeinen Standard im Wohnbau gemacht. Im Moment arbeitet die Stadtplanung in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen für die städtische Klimaanalyse und für die Klimaanpassung an einer Energieraumordnung für die Stadt, also an einem Plan, welche nachhaltigen Energieformen in welchem Stadtteil im besonderen Maße oder besonders günstig zur Verfügung stehen und prioritär im Neubaubereich eingesetzt werden sollen. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass wir eine solche Energieraumplanung möglichst zu Beginn der kommenden Legislaturperiode des Gemeinderates beschließen und dann damit zur Grundlage für weitere stadtplanerische Entscheidungen machen zu können. Jedenfalls wird Innsbruck sich bemühen, das hohe Level an Energieeffizienz, das wir im Neubaubereich bereits erreicht haben, weiterzuführen, in noch stärkerem Ausmaß auf erneuerbaren Energien zu setzen und auch bei der Sanierung des Altbestandes alles zu unternehmen, um Energieeffizienz und Energiesparen zu fördern.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Ein nachhaltiger Wohnbau, insbesondere durch erneuerbare Energieträger wie Sonnenenergie (PV, Solartherme) und Wasserkraft, sehe ich als unumgängliche Maßnahme für die Reduktion von Emissionen und Beeinflussung des Klimawandels. Als Nachteil sehe ich jedoch die derzeit doch höheren Investitionskosten, da neben dem nachhaltigen Wohnbau auch der leistbare Wohnbau nicht außer Acht gelassen werden darf. Ziel muss es sein, langfristig einen gesunden Spagat zwischen beiden Interessen zu finden.</p>
<p>Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)</p>	<p>Die Energiewende ist unser Rückgrat gegen die Klimawandel. Und dafür müssen wir das volle Potenzial aller erneuerbarer Energieträger nutzen: Wasser, Sonne, Holz, Wärme, Wind! Das Programm Tirol 2050 energieautonom gibt den Weg vor: Erneuerbare um 72 Prozent ausbauen und Energieverbrauch um 37 Prozent senken. Das geht nicht von heute auf morgen. So ehrlich müssen wir sein. Die Energiewende kann auch nicht eine oder einer allein stemmen, hier müssen alle an einem Strang ziehen – Bevölkerung, Wirtschaft und natürlich auch die Politik. Fakt ist: Um ganzjährig energieautark zu sein, führt an der Wasserkraft kein Weg vorbei. Es wird aber auch Aufgabe sein, die alternativen Energiegewinnungsformen in die Architektur zu integrieren.</p>
<p>Mag.a Julia Seidl (NEOS)</p>	<p>Schaut man auf die Dächer von Innsbruck, wird schnell klar, wir haben zu wenig PV Anlagen. Hier müssen wir endlich auch vor der eigenen Haustüre kehren und alle Potenziale, von der Überbauung von Parkflächen bis hin zu Solarzellen auf städtischen Gebäuden und Grundstücken nutzen. Es ist unsere Aufgabe als Stadt, uns hier unabhängiger von russischem Gas zu machen und den Menschen damit zu eine Energiesicherheit zur Verfügung stellen. Das bedeutet, Ausbau von allen Formen der erneuerbaren Energien: dazu gehört auch, Geothermiepotenziale nicht nur zu erheben, sondern diese auch zu nutzen. Förderungen für thermische Sanierung sind hier sehr begrüßenswert! Beim Thema Windkraft müssen wir endlich die Potenziale in Tirol nutzen – ich darf hier nur an Teile des Wipptals erinnern. Wir brauchen einen Mix aus mehreren Energieformen, um die Stadt zukunftsfit zu machen.</p>

Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)	<p>Wir als Liste Fritz sehen die größten Chancen in einem gesunden Energiemix. Bei der Solarenergie erwarten wir uns, dass auch Bestandsobjekte der öffentlichen Hand mit Solarpanelen nachgerüstet werden und diese Vorschrift nicht nur für Neubauten gilt. Das Solarpotenzial in Tirol ist enorm und hier können wir möglichst umweltverträglich zum Energieausbau beitragen. Das Windkraftpotenzial ist mit knapp unter 5 Prozent nicht sonderlich hoch, kann aber auch einen kleinen Beitrag leisten. Einen Ausbau mit Hilfe von Megapumpspeicherkraftwerken wie im Kaunertal lehnen wir ab. Ein sanfter Ausbau der Wasserkraft ist vielerorts noch möglich.</p>
Gerald Depaoli (GERECHT)	<p>Jegliche zukunftsweisende und nachhaltige Stromerzeugung ist begrüßenswert, wenn sie für den Endkonsumenten auch leistbar ist. Windräder, die das Landschaftsbild verschandeln, aufgrund des hohen Bodenverbrauches auch nicht besonders umweltfreundlich sind, lehnt das Gerechte Innsbruck strikt ab.</p>
Mesut Onay (ALI)	<p>Wir begrüßen grundsätzlich sämtliche Maßnahmen, die eine rasche Abkehr von fossiler Energie begünstigen. In Wärmepumpen sehen wir ein großes Potenzial, da in der Erdwärme eine konstante Energiequelle vorliegt. Biogasanlagen sind zudem dadurch attraktiv, dass hier aus Abfall Strom entsteht. Wasserkraft ist eine unverzichtbare Energielieferantin, hat aber ökologische Nebenwirkungen, die eine Begrenzung des Ausbaus notwendig erscheinen lassen. Wind ist in den Tälern eine recht unzuverlässige Energiequelle. Hier müsste geklärt werden, wo diese Energiegewinnung in Tirol ökonomisch und ökologisch vertretbar ist. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen an Hausdächern ist jedenfalls zu begrüßen. Es wird letztlich ein Mix aus unterschiedlichen Energiegewinnungsformen sein, der eine Abkehr von fossiler Energie ermöglicht. Darauf ist hinzuwirken.</p>
Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)	<p>Energieerzeugung und Energieeinsparung gehen für uns Hand in Hand. Für einen zukunftsfähigen urbanen Lebensraum müssen wir beides schaffen: Die nachhaltige Erzeugung von Energie bestmöglich ausbauen und gleichzeitig so viel Energie einsparen wie möglich. Das wollen wir schaffen, indem wir vor allem die Solarpotenziale nutzen, die Dächer der städtischen Gebäude (Wohnsiedlungen, Schulen, Turnhallen, Sportanlagen usw.) wo immer möglich und sinnvoll mit PV-Anlagen ausstatten, ebenso künftige Projekte wie die Autobahneinhausung West, potenziell auch Parkplätze überdachen u.v.m. Auch die Förderungen für private Investitionen für Energie-Gewinnung und -Einsparung müssen regelmäßig in Zusammenarbeit mit Partnern wie der Energieberatung geprüft, adaptiert und ggf. erweitert werden; Incentives für die energetische Sanierung und das energiesparende Bauen gilt es zu forcieren. Jedenfalls müssen Wohnanlagen, die wir als Stadt selber errichten, jedenfalls den Kriterien des ökologischen Bauens entsprechen. Auch auf barrierefreies Bauen im städtischen Verantwortungsbereich legen wir großen Wert, denn nachträgliche Maßnahmen sind aufwendig kosten wesentlich mehr Geld. Bei Sanierungen des städtischen Bestandes wollen wir die energetische Sanierung, Solarpotenziale und Barrierefreiheit immer gemeinsam in Betracht ziehen.</p>
Helmut Reichholf (EINIG)	<p>Wir sehen als erste Maßnahme zur Energiegewinnung das Einsparen derselben. Wir glauben, dass das Schaffen von Bewusstsein in der Wirtschaft (Bsp. EKZ's) und der Bevölkerung zur effizienteren Nutzung von Energie und damit das Schonen von Naturressourcen dringend notwendig ist. Eine Offensive zur thermischen Sanierung der betroffenen Gebäude wird massive Einsparungen bewirken. Lokal tätige ExpertInnen und Baufirmen laden wir herzlich ein, Teil dieser Offensive zu sein. Das gilt auch für die notwendige Energietransformation, auch hier wollen wir lokalen ExpertInnen und ausführenden Unternehmen das Angebot machen, sich in Innsbruck anzusiedeln und Teil der Veränderung zu sein. Das wird neben ökologischen, auch enorme ökonomische, und soziale Vorteile bringen.</p>

<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber</p> <p>(JA)</p>	<p>Das Thema Energie ist ein zentraler Punkt unserer Agenda. Uns ist bewusst, dass ein Umdenken bei den Entscheidungsträger:innen notwendig ist, und wir werden daher nachhaltige Ansätze fördern und zielgerichtet an diesem Thema mitarbeiten. Wir setzen uns für eine PV-Offensive ein und unterstützen Energiegemeinschaften bzw. möchten diese forcieren. Weiters ist es wichtig, die Energiepotenziale in den unterschiedlichen Lagen in Innsbruck aufzuzeigen, um die jeweils ideale und nachhaltige Energiegewinnung zu ermöglichen. Das Ziel einer nachhaltigen Zukunft bedarf keiner weiteren Definition, da es offensichtlich sein sollte.</p>
<p>Christian Franz Veber</p> <p>(TUN)</p>	<p>Es steht jedem Bürger und Bauträger frei, die von ihm gewünschte Energiegewinnung zu planen. Die Stadt wird dies in ihren Projekten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten tun. Aus ideologischen Gründen werde ich kein Steuergeld vergeben.</p>
<p>Helmut Buchacher</p> <p>(DU-I)</p>	<p>In allen Bereichen nur positiv. Gehen wir es endlich an!</p>
<p>Pia Tomedi</p> <p>(KPÖ)</p>	<p>Als KPÖ stehen wir für den Umbau von IKB und TIWAG in gemeinnützige Unternehmen, da die Grundversorgung wichtiger ist, als die Gewinnmaximierung. Wasserkraftanlagen, Sonnenenergie und Biogasanlagen gehören in Bürgerhand. Den Bau von erneuerbaren Energieanlagen sollte eine landesweite Genossenschaft, der die BürgerInnen als Vollmitglieder beitreten können, durchführen. Die fürstlichen Manager-Boni gehören abgeschafft und Stromabschaltungen ausgesetzt. Den Heizkostenzuschuss des Landes (Tirol-Zuschuss) ausweiten und automatisch auszahlen.</p> <p>Die KPÖ hat zudem bereits 2022 gemeinsam mit Expertinnen und Experten ein neues Strommarkt-Modell namens „Strompool Austria“ entwickelt, das zeitnah und nachhaltig für erheblich niedrigere Preise sorgen soll. Dieser sieht eine gesetzliche Verpflichtung für alle Stromerzeugungsanlagen in Österreich vor, den erzeugten Strom zu einem Preis auf Basis von Vollkosten an den Strompool Austria zu verkaufen. Zudem brauche es eine Aufspaltung des Strommarktes in einen Bereich mit regulierten Preisen und einen Bereich mit Marktpreisen, die sich – wie bisher – an den Preisen der Strombörsen orientieren. Alle Stromkunden in Österreich hätten im Marktmodell „Strompool Austria“ das Recht, zwischen regulierten Preisen und freien Marktpreisen zu wählen, wodurch das Modell mit EU-Regeln kompatibel ist. Aufgrund des Preismixes der Vollkosten aus kostengünstigen und aus teureren Erzeugungsanlagen könne der regulierte Strompreis sofort deutlich günstiger angeboten werden als zum Marktpreis, der sich an den teuersten Erzeugerpreisen orientiert. Nicht nur Innsbruck oder Tirol, sondern ganz Österreich würden davon profitieren. Da unser Land ist in der glücklichen Lage ist, rund 60 % der Stromerzeugung durch günstige Wasserkraft abzudecken. Die KPÖ-Vorschläge könnten somit langfristig zu für die Haushalte leistbaren Strompreisen führen.</p>

<p>7. Frage</p>	<p>Fragen zu Wettbewerben/Vergaben:</p> <p>a) Wie stehen Sie zu Wettbewerbsverfahren bei Bebauungsplanänderungen im Allgemeinen und zu Architekturwettbewerben im Besonderen?</p> <p>b) Wie stehen Sie zur Anwendung des begleiteten Verfahrens nach dem Bestbietermodell bei Vergaben von Zivilingenieursleistungen, insbesondere bei den städtischen Tochtergesellschaften, wie zB IIG?</p> <p>c) Wie stehen Sie zur Direktvergabe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten an Architekt:innen und Zivilingenieur:innen auf Basis der anerkannten Vergütungsmodelle LM.VM, insbesondere auch bei Tochtergesellschaften und Dienststellen der Stadt Innsbruck?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Architekturwettbewerbe sind ein wesentliches Mittel zur Qualitätssicherung beim Bauen und für mich jedenfalls bei allen größeren Bauaufträgen – insbesondere dann, wenn Änderungen von Flächenwidmungen oder der Bebauungspläne Voraussetzung für die Realisierung von Bauprojekten sind –, hat der Wettbewerb das erste Mittel der Wahl zu sein. Und darauf drängt unsere Stadtplanung seit langem auch gegenüber Privaten. Es muss allerdings natürlich auch die Möglichkeit geben, dass private Bauherren mit Architekt:innen ihres Vertrauens per Direktvergabe auch Bauprojekte entwickeln und sich dann der Diskussion mit dem Gestaltungsbeirat als zweites Mittel der Qualitätssicherung stellen. Eine Wettbewerbskultur, die immerhin dazu geführt hat, dass in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten beinahe 300 Architekturwettbewerbe durchgeführt wurden, die auch in fast allen Fällen zur Realisierung des Siegerprojekts geführt haben, als Tradition fortzusetzen, ist mir ein ganz wesentliches Anliegen. Ich werde also weiterhin auf die Fortsetzung der Innsbrucker Wettbewerbskultur drängen und insbesondere darauf, dass bei Änderung der raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen immer auch auf Bauherr:innen und Projektwerber:innen aufgefordert sind, sich mit Wettbewerben an der Qualitätssicherung zu beteiligen. Was die sonstigen ziviltechnischen Leistungen betrifft, unterliegt die städtische IIG natürlich dem Bundesvergabegesetz. Sie hat die vergaberechtlichen Bestimmungen einzuhalten und dazu gehört natürlich auch, dass unter den Schwellenwerten Direktvergaben möglich sind. Ich möchte aber betonen, dass auch bei Direktvergaben sowohl eine gewisse Markterkundung als auch eine Dokumentation der Auftragsvergabe notwendig sind. Soll heißen: auch im Bereich der Direktvergabe ist darauf zu achten, dass die Bestbieter:innen zum Zuge kommen. Was ich allerdings ausschließen möchte, ist, dass die Vergabe von ziviltechnischen Leistungen nach dem Billigstbieter:innen-Prinzip erfolgt. Gerade bei intellektuellen Leistungen, die Ziviltechniker:innen erbringen, ist darauf zu achten, dass nach vernünftigen Bestbieter:innen-Kriterien vorgegangen wird und dass somit qualitätsvolle Leistungen auch fair bezahlt werden. Was die Gestaltung von Verträgen mit Auftragsnehmer:innen aus dem Bereich der Ziviltechniker:innen – sowohl die technische als auch die architektonische Seite – betrifft, stehe ich der Erörterung von geeigneten, fairen Rahmenbedingungen zwischen Stadt und Kammer der Ziviltechniker:innen aufgeschlossen gegenüber, und ich kann mir vorstellen, dass hier mit der Kammer abgestimmte Musterverträge entwickelt werden, die dann auch für die städtischen Beteiligungen als Musterverträge gelten. Dort, wo wir, wie bei der IIG, zu 100 % Eigentümer sind, können wir das auch durchsetzen. Dort, wo wir nur zu 50 % Eigentümer, bspw. wie bei der Neuen Heimat, oder sogar noch geringer beteiligt sind, wie bei anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern, können wir das natürlich nur anregen. Abschließend möchte ich unterstreichen, dass die hohe Wertschätzung, die wir den Ziviltechniker:innen-Leistungen entgegenbringen, sich letztlich auch in fairen Vertrags- und Entlohnungsbedingungen wiederfinden muss. Daher würde ich die Aufnahme von Verhandlungen mit der Kammer über Musterbestimmungen für Verträge durchaus begrüßen.</p> <p>Es ist im Sinne der Innsbrucker Wettbewerbskultur, dass in der Regel der Realisierungswettbewerb einstufig als offener oder geladener Wettbewerb – je nach Größe des Projekts – ein wesentliches Mittel zur Qualitätssicherung ist und daher auch und vorrangig zum Einsatz kommt, wenn Liegenschaften aufgewertet werden. Die Umsetzung erfolgt durch Widmungsentscheidungen</p>

	<p>oder durch Änderung von Bebauungsplänen und Ermöglichung von mehr Nutzfläche. Das zweite Mittel der Qualitätssicherung ist, wie schon erwähnt, der Gestaltungsbeirat. Gerade dann, wenn es um die Änderung von Bebauungsplänen geht, drängen wir als Stadt Innsbruck auf die Durchführung von Architekturwettbewerben als Voraussetzung für Projekte, für die dann neue raumordnungsrechtliche Vorschriften entworfen werden können. Was die Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an Ziviltechniker:innen betrifft, ist unsere städtische IIG natürlich an das Bundesvergabegesetz gebunden. Allerdings, und da gebe ich Ihnen durchaus recht, sieht das Vergaberecht die Möglichkeit der Direktvergabe unterhalb des Schwellenwerts vor. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass auch bei Direktvergaben das Preis-Leistungs-Verhältnis und damit die Gründe für eine Vergabeentscheidung dokumentiert werden müssen. Das heißt, dass für uns auch in so einem Fall das Bestbieterprinzip anzuwenden ist, wenn auch ohne förmliches Vergabeverfahren. Ich werde aber jedenfalls darauf drängen, dass Aufträge im Bereich der Ziviltechniker:innen, da es sich hier ja um intellektuelle Leistungen handelt, nach dem Bestbieter:innenprinzip und nicht nach dem Billigstbieter:innenprinzip vergeben werden. Für Verträge zwischen der Stadt oder städtischen Gesellschaften mit Dienstleister:innen kann ich mir durchaus vorstellen, dass es sinnvoll ist, Gespräche mit der Kammer der Ziviltechniker:innen über Musterverträge zu führen, die insgesamt in einem für beide Seiten nachvollziehbaren und transparenten Prozess sicherstellen, sodass die Leistungen der Ziviltechniker:innen auch fair honoriert werden.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Die Durchführung eines Wettbewerbes sehe ich bei Bebauungsplanänderungen als vernünftiges Instrument; Wettbewerbe sehe ich als passendes Instrumentarium, um sich mehrere Expertisen erarbeiten zu lassen und konkurrierende Pläne unter Beiziehung von Experten vergleichen und eine Qualitätsentscheidung treffen zu können.</p> <p>Das Bestbietermodell stellt für mich eine faire und gesetzlich gedeckte Vorgehensweise für die Vergabe von Zivilingenieurleistungen dar. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sehe ich auch die Direktvergabe als vernünftiges Instrument an, wobei auf Fairness und Transparenz (zB Einholung ausreichender Angebote) Wert gelegt werden muss. Für die Abwicklung nach LM.VM. steht ein Werk zur Verfügung, in dem die Leistungen von Ziviltechnikern detailliert beschrieben und die Vergütungsmodelle abgebildet sind. Aus meinen Erfahrungen kann ich sagen, dass diese Vergütungsmodell eine gute Grundlage für beide Seiten bildet, auch da es relevante Informationen enthält, um technische, planerische und rechtliche Fragen zu lösen.</p>
<p>Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)</p>	<p>a: Wir halten Wettbewerbe nach wie vor als höchst geeignetes Mittel, die besten Lösungen für eine Aufgabenstellung zu finden. Alternativ steht mit dem Innsbrucker Gestaltungsbeirat eine zweite Möglichkeit bereit, um ein Projekt selbst in Abstimmung mit der Stadt zu entwickeln.</p> <p>b: Hier sind wir gerne bereit in einen Dialog zwischen Kammer, Stadt und Beteiligungen der Stadt einzutreten.</p> <p>c: Hier sind wir gerne bereit in einen Dialog zwischen Kammer, Stadt und Beteiligungen der Stadt einzutreten.</p>
<p>Mag.a Julia Seidl (NEOS)</p>	<p>a: Wir finden, dass es gut ist, dass wir in Innsbruck eine Wettbewerbskultur haben. Wir würden uns aber dafür einsetzen, die Vorgaben, ab wann Wettbewerbe auszuschreiben sind, genauer zu definieren, da das manchmal sehr flexibel gehandhabt wird. Wir denken nicht, dass jede Bebauungsplanänderung einem Wettbewerb unterworfen werden soll, sondern langfristige stadtplanerische Ziele verfolgen sollte. Ergibt sich aus einem Wettbewerbsverfahren die Notwendigkeit einer Bebauungsplanänderung, wenn dies mit den Kriterien des ausgeschriebenen Wettbewerbs und der Umgebung des Projekts und den Zielen der Stadtplanung vereinbar ist, ist diese Änderung umzusetzen. Grundsätzlich würden wir jedoch, den Architekt:innen und den Ziviltechniker:innen weniger strenge Detailvorgaben für Wettbewerbe machen, um ihnen mehr Freiheiten für gute Projekte zu geben und mehr ihrer Expertise vertrauen.</p>

	<p>b: Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil ich nicht ganz nachvollziehen kann, um welches Verfahren es dabei gehen soll.</p> <p>c: Wenn es Sinn macht, insbesondere, wenn es zeitlich Vorteile und damit kostengünstiger ist als ein Bieterverfahren, ist eine Direktvergabe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten jedenfalls eine Möglichkeit.</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)</p>	<p>a: Wettbewerbsverfahren sind notwendig. Die öffentliche Hand soll mit ihren Bauten auch Vorbildwirkung haben und nicht nur reine Zweckbauten errichten. Auf die Kosten ist zu achten.</p> <p>b: Wir stehen zum Bestbieterprinzip und halten dieses für sinnvoll.</p> <p>c: Direktvergaben nach Einhaltung der rechtlichen Möglichkeiten sollten jedenfalls dem anerkannten Vergütungsmodell LM.VM folgen.</p>
<p>Gerald Depaoli (GERECHT)</p>	<p>a: Hier gilt es natürlich abzuwägen, ob Wettbewerbsverfahren bei Bebauungsplanänderung für die Stadt Innsbruck wirtschaftlich Sinn machen. Bei Architekturwettbewerben im Besonderen stellt sich die Frage, ob es aus wirtschaftlichen Gründen nicht besser wäre, wenn die Stadt selbst die Planung übernimmt. Bei der Neugestaltung Bozner Platz hätte sich die Stadt Innsbruck viel Geld gespart, und es ist die Aufgabe des Gemeinderates sorgsam mit dem Geld der Innsbruckerinnen und Innsbrucker sparsam zu wirtschaften. Bei größeren Bauvorhaben sind Architekturwettbewerbe natürlich notwendig. Wenn ein Innsbrucker Architekturbüro den Architekturwettbewerb gewinnt, freut sich das Gerechte Innsbruck selbstverständlich umso mehr.</p> <p>b: Wie bereits gesagt, als gewählter Gemeinderat ist es meine Pflicht mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sorgsam zu wirtschaften. Als Gemeinderat sehe ich mich in der Pflicht gleich wie ein Kaufmann für die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns einzustehen. Das gilt auch für die IIG. Es ist für die IIG, wie auch für die Stadt Innsbruck, den Innsbruckerinnen und Innsbruckern gegenüber schwer zu vermitteln, wenn nicht das Bestbietermodell Anwendung findet. Für neue Ideen diesbezüglich ist das Gerechte Innsbruck offen, und ist gerne bereit dazu selbige in der kommenden Wahlperiode auch im Gemeinderat zu beantragen – soweit selbiges in den Wirkungsbereich des Innsbrucker Gemeinderates fällt.</p> <p>c: Hier reden wir von einer Thematik, auf welche der Gemeinderat wenig Einfluss hat bzw. auch nicht über die dementsprechende Expertise verfügt. Wenn das Gerechte Innsbruck in der neuen Wahlperiode mit Stimmrecht im Bauausschuss vertreten ist, werden wir uns dafür einsetzen, dass Experten der Kammer West zumindest in den Bauausschuss- bestenfalls in den Gemeinderat eingeladen werden, um dieses Thema zu erörtern. Wenn es gelingen sollte gemeinsam Verbesserungen zu erarbeiten bzw. generell die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Innsbruck und der Kammer West zum Wohle der Innsbruckerinnen und Innsbrucker zu intensivieren, haben wir gemeinsam viel erreicht. Am Ende der kommenden Wahlperiode soll eine positive Bilanz der Baukultur in Innsbruck das Ergebnis sein. Mit Augenmaß, Kreativität – für unser gemeinsames Innsbruck.</p>

<p>Mesut Onay (ALI)</p>	<p>a: Der Architekturwettbewerb für die Neugestaltung des Bozner Platzes hat uns erschüttert: Keines der eingereichten Projekte war in unseren Augen überzeugend. Das führt uns die Grenzen von Wettbewerbsverfahren vor Augen. Dabei ist nicht den Einreicher:innen die Schuld dafür zu geben, sondern dem (öffentlichen) Auftraggeber. Wenn dieser planlos ist und keine klaren Vorgaben macht, kann das kein Wettbewerbsverfahren kompensieren. Daher braucht es hier klare Vorgaben, die in öffentlichen Bürger:innenbeteiligungsverfahren erarbeitet werden. Was Bebauungsplanänderungen zugunsten von privaten und gewerblichen Bauträgern betrifft, so stehen wir diesen aus den obengenannten Gründen grundsätzlich kritisch bis ablehnend gegenüber, sodass sich die Beantwortung dieses Teils der Fragestellung erübrigt.</p> <p>b: Wir bekennen uns zum Bestbieterprinzip bei öffentlichen Vergaben. Es ist wichtig, in den Vergabekriterien neben dem Preis auch qualitative Standards festzuschreiben. Dazu gehört ausdrücklich auch die Festschreibung von sozialen und ökologischen Kriterien. Damit wird vor allem die regionale Wirtschaft gestärkt und dem Lohndumping entgegengewirkt.</p> <p>c: Direktvergaben sehen wir als preisgünstigere Alternative zu Wettbewerbsverfahren. Daher würden wir Direktvergaben im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unterstützen. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass diese transparent erfolgen und hierbei das Bestbieterprinzip angewandt wird.</p>
<p>Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)</p>	<p>a: Wettbewerbsverfahren sind bei Aufträgen der öffentlichen Hand in den meisten Fällen rechtlich unumgänglich und insofern auch nicht diskutabel. Bei Gestaltungsfragen möchten wir insbesondere die Bevölkerung vor Ort in den unterschiedlichen Stadtteilen stärker einbinden. Es braucht eine klare urbane Vision für die Entwicklung unserer Stadt im Großen und gleichzeitig die Bereitschaft, sich auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen in unserer Stadt einzustellen. Insofern steht das Thema Einbindung von Expert:innen, Nutzer:innen und Mitbestimmung der Bevölkerung in diesem Zusammenhang ganz oben, vor allem bei Projekten, die den öffentlichen Raum betreffen. Abwägungen insbesondere zwischen Versiegelung/Grünraum, maximale Dichte/Qualität sehen wir als wichtige Fragen an, Vorstellungen dazu sollten möglichst klar bereits in den Randbedingungen der Ausschreibung kommuniziert werden.</p> <p>b: Das Bestbietermodell ist dem Billigstbietermodell grundsätzlich vorzuziehen. Gerade in Hinblick auf Lohn- und Sozialdumping kann mit der Anwendung des Modells ein Schritt in die Richtung einer faireren Bezahlung erzielt werden. Wichtig für die Anwendung des Bestbietermodells ist die Definition von schlüssigen Qualitätskriterien, die eine hochwertige und kompetente Leistungserbringung erwarten lassen.</p> <p>c: Die Direktvergabe ermöglicht Auftraggeber:innen eine unbürokratische Vergabe von Leistungen. Diese Vergabeform kann zur Reduktion der Gesamtkosten beitragen. Wichtig für uns ist die Schaffung von zusätzlichen Regelungen, die dazu beitragen, dass eine größere Vielfalt an lokalen Ziviltechniker:innen für einen Auftragszuschlag in Frage kommen. Hierzu könnte die Miteinbeziehung - z.B. der Kammer für Ziviltechniker:innen - bei der Erstellung von Angebotsteilnehmer:innenlisten für zusätzliche Transparenz sorgen. Die Stadt Innsbruck mit ihren Tochtergesellschaften sollte aus unserer Sicht jedenfalls als Vorzeigebetrieb agieren und das anerkannte Vergütungsmodell LM.VM bei der Vergabe von Aufträgen als verbindlich erklären.</p>

<p>Helmut Reichholf (EINIG)</p>	<p>Wir befürworten Wettbewerbe im Allgemeinen, legen aber immer Wert auf die bereits erwähnten Aspekte hinsichtlich der ökologischen, ökonomischen und sozialen Balance. Das Thema Transparenz im gesamten Prozess und die Einbindung der Bevölkerung sind uns ebenso wichtig wie die Tatsache, dass am Ende solcher Prozesse immer auch die Umsetzung folgen muss (Ausnahme: erhebliche Veränderungen der Ausgangspositionen, aber auch hier gilt: Transparenz). Zu den Vergabekriterien fehlt mir gegenwärtig das Detailwissen, daher bitte ich Sie das Fehlen einer Antwort zu entschuldigen.</p>
<p>Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)</p>	<p>a: Architekturwettbewerbe sind im Sinne der Baukultur zu fördern und bei relevanten Bauvorhaben selbstverständlich. b: und c: Diese Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten und sollten aus unserer Sicht fallbezogen betrachtet werden. Bestbietermodelle und Direktvergaben sind im freien Markt etabliert und können beispielsweise auch bei der Innsbrucker Immobilien Gesellschaft Anwendung finden.</p>
<p>Christian Franz Veber (TUN)</p>	<p>a: Niemand hat die besten Ideen gepachtet. Wettbewerb ist zur Lösungsfindung essentiell. Aber die Kosten dürften nicht steigen (Winner takes all) und das Gewinnerprojekt muss finanziell vernünftig realisierbar sein. b: Muss ich mir nach meiner Wahl im Wortlaut durchlesen. Bestbieter sehe ich positiv, Billigstbieter machen Probleme. c: Auch hier, nach meiner Wahl werde ich´s mir im Wortlaut durchlesen. Generell bringe ich den Innsbrucker Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen genug Vertrauen entgegen, damit eine bisher gängige Praxis nicht sofort geändert werden muss. Aber bei Direktvergaben muss unbedingt auf die der Stadt entstehenden Kosten geachtet werden. Mir fällt jetzt kein Grund ein, warum eine Ausschreibung vermieden werden sollte?</p>
<p>Helmut Buchacher (DU-I)</p>	<p>Auch hier in allen Bereichen nur positiv.</p>
<p>Pia Tomedi (KPÖ)</p>	<p>Zu 7) und 8): Die KPÖ war in Innsbruck bisher in der außerparlamentarischen Opposition. Es wäre vermessen, „von außen“ in bestehende Praktiken hineinzukritisieren. Die geltenden Verfahren zu bewerten und im Falle anzupassen, wird nur im direkten Austausch mit den Beteiligten möglich sein. Als KPÖ gilt unser Dank der Kammer für Ziviltechniker:innen für ihre fachliche Expertise.</p>

8. Frage	Würden Sie mit der Kammer der Ziviltechniker:innen abgestimmte Verträge für Architekt:innen und Zivilingenieur:innen mit Tochtergesellschaften der Stadt Innsbruck (zB IIG) bzw. Unternehmen, an denen die Stadt Innsbruck beteiligt ist (Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften), unterstützen?
Georg Willi (GRÜNE)	Siehe Beantwortung der 7. Frage.
Markus Lassenberger (FPÖ)	In einem Prozess, wie einem Architekturwettbewerb ist es wichtig, dass im Vorfeld so viele Aufgabenstellungen wie möglich abgestimmt sind. Dazu zähle ich auch den Werkvertrag für Planungsleistungen und sollte der Inhalt dieses Vertrages die Interessen der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer beinhalten (Vertrag auf „Augenhöhe“). Daher sehe ich eine im Vorfeld abgestimmte Fassung des Vertrages als zielführend. Dieser kann verbindlich als Teil der Wettbewerbsausschreibung fungieren, dennoch muss der Vertrag einen individuellen Spielraum aller Beteiligten möglich lassen. Eine gemeinsame Abstimmung eines solchen Vertragsentwurfes befürworte ich und soll der abgestimmte Inhalt für beide Seiten vertretbar und wertschätzend sein.
Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)	Hier sind wir gerne bereit in einen Dialog zwischen Kammer, Stadt und Beteiligungen der Stadt einzutreten.
Mag.a Julia Seidl (NEOS)	Leider kann ich diese Frage nicht beantworten, weil sich mir aus der Fragestellung nicht erschließt, um welche Art „Verträge“ es sich handelt und welchem Zweck sie dienen sollen.
Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)	Grundsätzlich wüssten wir nicht, was dagegensprechen könnte. Wichtig ist uns aber, dass die Kosten beim gemeinnützigen Wohnbau immer tief gehalten werden müssen, um den Menschen in Tirol bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.
Gerald Depaoli (GERECHT)	Das Gerechte Innsbruck kennt den Inhalt dieser Verträge nicht. Als Gemeinderat kann ich nur Verträge unterstützen, die ich auch gelesen habe. Die Frage lässt sich daher allgemein nicht beantworten!
Mesut Onay (ALI)	Ja. Die Kammer der Ziviltechniker:innen ist die gesetzliche Interessensvertretung dieser Berufsgruppe und diese ist in solchen Angelegenheiten jedenfalls miteinzubinden.

Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)	<p>Wir als SPÖ Innsbruck stehen für eine gerechte Gesellschaft. Die Vertragsgestaltung soll möglichst fair erfolgen und zu keinem wesentlichen Vorteil einer Vertragspartei führen. Das Abstimmen von Musterverträgen, Honoraren, Richtlinien, usw. befürworten wir.</p>
Helmut Reichholf (EINIG)	<p>Auch hier fehlt mir vertieftes Wissen, daher werde ich mich zu diesem Thema erst äußern, wenn dieses Manko beseitigt ist.</p>
Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)	<p>Unter Umständen ja, wenn dies für alle Beteiligten Erleichterungen bringt und eine solide Basis für zukünftige Zusammenarbeit schafft.</p>
Christian Franz Veber (TUN)	<p>Ich trete an, um den Innsbrucker Bürgerinnen und Bürgern städtische Dienstleistungen effektiv und günstig anzubieten und ihre Kosten zu senken. Wenn die Verträge in diese Richtung gehen, dann her damit.</p>
Helmut Buchacher (DU-I)	<p>Ja.</p>
Pia Tomedi (KPÖ)	<p>Zu 7) und 8): Die KPÖ war in Innsbruck bisher in der außerparlamentarischen Opposition. Es wäre vermessen, „von außen“ in bestehende Praktiken hineinzukritisieren. Die geltenden Verfahren zu bewerten und im Falle anzupassen, wird nur im direkten Austausch mit den Beteiligten möglich sein. Als KPÖ gilt unser Dank der Kammer für Ziviltechniker:innen für ihre fachliche Expertise.</p>

<p>9. Frage</p>	<p>Wie stehen Sie zur Forderung, die Frauenquote in Fachjurs und geladenen Architekturwettbewerben zu forcieren und welche konkreten Schritte werden Sie in dieser Frage setzen?</p>
<p>Georg Willi (GRÜNE)</p>	<p>Eine Forderung der Kammer nach einer Frauenquote in Einladungen zu Wettbewerben oder in Juries begrüßen wir. Die Stadtplanung hat auch in der Vergangenheit immer darauf gedrängt, sowohl in Juries als auch bei Einladungen zu Wettbewerben, Architekt:innen entsprechend zu berücksichtigen. Das beste Beispiel dafür ist unser Gestaltungsbeirat, der seit seiner Gründung im Jahr 2013 mit zwei Architektinnen und zwei Architekten stets paritätisch besetzt ist. Eine Erhöhung des Frauenanteils bei den Ladungen und bei der Besetzung von Juries würde ich selbstverständlich sehr begrüßen und unterstützen.</p>
<p>Markus Lassenberger (FPÖ)</p>	<p>Das Thema der Frauenquote und deren Förderung wird in Österreich sicher noch nicht umfassend gelebt, aber es werden jedenfalls Fortschritte gemacht.</p> <p>Frauenquoten sind grundsätzlich wichtig, sollte aber im beruflichen Kontext kein „Frauen- oder Männerbild“ bestehen und muss das Geschlecht eine untergeordnete Rolle spielen. Entscheidend sind definitiv die fachliche Qualifikation. Dennoch sehe ich aus meiner bisherigen Erfahrung, dass die Präsenz von Frauen in technischen Berufen wohl zu erhöhen ist, und verstehe ich, dass insbesondere Gleichbehandlung und Teilhabe von Frauen in Planungsprozessen gestärkt werden soll. Der Architekturwettbewerb kann hier ein Instrument dazu sein. Dies zum Beispiel durch die Nominierung von Frauen als Fachpreisrichterinnen in Preisgerichte.</p> <p>Auf Landesebene könnte in der Richtlinie zur Durchführung von Wettbewerben zur Erlangung von Planungsleistungen bei wohnbauförderten Projekten eine entsprechende Regelung mit dem Land Tirol verhandelt werden. Bei Wettbewerben, welche die Stadt Innsbruck aber auch deren Tochtergesellschaften betrifft, ist ein Bekenntnis zur Festlegung einer entsprechenden Regelung vorhanden, wobei eine genaue Abstimmung durch die Expertenvorzunehmen ist, da dies einer klaren, unmissverständlichen Regelung bedarf. Darüber hinaus steht es der Kammer natürlich frei, selbst die Nennung von Frauen als Fachjurorinnen aktiv voranzutreiben bzw. zu benennen.</p>
<p>Florian Tursky, MSc, MBA (TURSKY)</p>	<p>Wir unterstützen das Vorhaben, die Frauenquote in Fachjuries zu forcieren und hoffen hierbei auch auf die Unterstützung der Kammer der Ziviltechniker:innen. Inwieweit eine verbindliche Vorgabe der Stadt für dieses Vorhaben gegeben werden kann, müsste rechtlich erst geprüft werden. Wir bekennen uns aber auch ohne Prüfung zu einer Verbesserung der Quote.</p>
<p>Mag.a Julia Seidl (NEOS)</p>	<p>Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir gerade bei Wohnbauprojekten in Zukunft die Juries die Zusammensetzung die Gesellschaft abbilden. Gerade Frauen sind bei Architekturwettbewerben aber auch in der Stadtplanung unterrepräsentiert. Das wirkt sich negativ auf die Stadtentwicklung in vielen Bereichen aus. In Zukunft wäre es eine Möglichkeit aktiv Frauen z.B. über sie, als Kammer, für Wettbewerbsjuries zu nominieren oder eine Liste von Architekt:innen und Ziviltechniker:innen zur Verfügung zu haben, die man für Juriesitzungen anfragen kann und die als Ersatz für politische Vertreter:innen nominiert werden können!</p>
<p>Dr. Andrea Haselwanter-Schneider (FRITZ)</p>	<p>Wir halten es für unbedingt notwendig, mehr Frauen in wesentliche Positionen zu bringen und gehen mit unserer Spitzenkandidatin auch selbst voran. Es müsste eine Bedingung des Landes bzw. der Gemeinden bzw. der landesnahen und landeseigenen Unternehmen sein, Frauen in Fachjuries bzw. bei Wettbewerben zu verlangen. Als Oppositionspartei können wir die Landesregierung dazu nur drängen.</p>

Gerald Depaoli (GERECHT)	<p>Von der Forderung die Frauenquote in Fachjurs und geladenen Architekturwettbewerben zu forcieren halte ich nichts. Frauen sollen sich ebenso wie Männer sicher sein, dass sie aufgrund ihrer Qualifikationen Teil der Fachjury sind, und nicht nur wegen ihrem biologischen Geschlecht. Es spielt daher keine Rolle, ob die Fachjury aus 100% Frauen oder 100 % Männern, oder 50 % Männer und 50 % Frauen etc. besteht. Wichtig ist einzig und alleine die Qualifikation!</p>
Mesut Onay (ALI)	<p>Wir bekennen uns zur Gleichstellung auf allen Ebenen und unterstützen die Einführung einer Frauenquote. Wir werden uns im Rahmen unserer Einflussmöglichkeiten im künftigen Gemeinderat dafür einsetzen, dass bei Ausschreibungen Geschlechterparität angestrebt wird und die Entsendung von Frauen in Fachjurs und geladenen Wettbewerben explizit unterstützen bzw. selbst forcieren.</p>
Mag.a Elisabeth Mayr (SPÖ)	<p>Wir fordern eine generelle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Ebenen. Eine 50/50-Quote in der Fachjury, aber auch in der Sachjury, ist aus unserer Sicht das erklärte Ziel.</p>
Helmut Reichholf (EINIG)	<p>Die breite Kompetenz der Frauen muss in der Gesellschaft im Allgemeinen mehr Einzug halten, auch in diesen Angelegenheiten. Wir werden eine Frauenquote etablieren.</p>
Ing. Mag. Johannes Anzengruber (JA)	<p>Wie Sie unserer Liste entnehmen können, setzen wir uns nicht nur für Gleichberechtigung ein, sondern leben diese auch in der Praxis. Ideal wäre eine Situation, in der keine spezifischen Regeln nötig sind und Fachjurs ausschließlich aus den qualifiziertesten Fachleuten bestehen, unabhängig von ihrem Geschlecht.</p>
Christian Franz Veber (TUN)	<p>Die besten Ideen und Projekte haben kein identitätspolitisches Mascherl. Wer sich einbringen will, soll sich einbringen, wer mitbieten will, soll mitbieten. Sollte ich feststellen, dass Ideen aus identitätspolitischen Gründen geblockt oder forciert werden, dann werde ich massiv eingreifen.</p>
Helmut Buchacher (DU-I)	<p>Es geht wie in vielen Bereichen um die Kompetenz, nicht um das Geschlecht.</p>
Pia Tomedi (KPÖ)	<p>Die KPÖ besetzt ihre Funktionen nach dem geschlechtlichen Reißverschlussprinzip. Dass Frauen wie Männer in allen Bereichen des Lebens in gleicher Personalstärke vertreten sind, erachten wir als eine Selbstverständlichkeit.</p>